

**Deutscher
Reporterpreis
2016**

**Die 6 nominierten Texte in
der Kategorie
„Beste Investigation“**

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

	Seite
1) FAS: Heilung nur für Reiche (0185)	03
2) DER SPIEGEL: Die Spur des Geldes (0664)	09
3) Friedrichs, Julia; Malter, Bettina: Wie viel kosten die Flüchtlinge? (0733)	24
4) Süddeutsche Zeitung: Das Leak (0899)	32
5) Alvarez, Sonja: Der Fanclub (1332)	46
6) DIE ZEIT: Abgrund unterm Regenbogen (1475/1476)	53

Heilung nur für Reiche

Krebspatienten in ärmeren Ländern Europas müssen oft mehr für eine gute Therapie bezahlen als etwa Deutsche. Welche Rolle spielt dabei die Pharmaindustrie?

Von Eric Breiting mit Aleksandra Jolkina, Stanimir Vaglenov, Cristian Niculescu, Dimitra Triantafillou, David Leloup, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 08.05.2016

Jelena Blicava, 37, sitzt in einem Café in der lettischen Kleinstadt Ogre neben ihrem Mann Māris und isst Apfelkuchen. Eine gutaussehende Frau mit langen Haaren und offenem Lächeln. Es ist schwer vorstellbar, dass sie vor einigen Monaten noch mit dem Tod rang. Ihr Leben änderte sich Ende 2014, als sie wegen Bauchschmerzen ins Krankenhaus kam. Die Ärzte diagnostizierten Dickdarmkrebs in einem fortgeschrittenen Stadium. Die Operation verlief erfolgreich, aber die Ärzte empfahlen ihr eine weitere Behandlung mit Avastin, einem neueren Medikament des Schweizer Herstellers Roche, das mit einer traditionellen Chemotherapie verabreicht wird. Blicava brauche zur Behandlung 12 Dosen à drei Ampullen alle zwei Wochen. Die staatliche Krankenversicherung Lettlands übernimmt die Kosten dafür nicht. Das Ehepaar war schockiert, als es den Listenpreis des Mittels erfuhr: 485 Euro. Inklusive eines Apothekenrabatts, den die Blicavas bekommen hätte, blieben für das Paar immer noch 416 Euro zu zahlen. Die Familie hätte alle zwei Wochen rund 1250 Euro aufbringen müssen. Dabei lebten sie gerade mal von rund 1000 Euro im Monat.

Aber für Māris Blicava war klar: „Die einzige Frage war, wie wir das Geld auftreiben können.“ Die Familie verbrauchten ihre Ersparnisse, borgte sich Geld bei Verwandten, Freunden und Kollegen. So konnte sie die ersten zwei Dosen zahlen. Māris' Arbeitgeber übernahm zwei weitere, Roche gab zwei gratis ab. Das Paar hatte Glück: Die Resultate waren gut, sechs Dosen reichten. „Wir hätten nicht gewusst, wie wir weitere hätten bezahlen können“, sagt Māris.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Vielen Krebspatienten in ärmeren Staaten, gerade in denen des ehemaligen Ostblocks, ergeht es ähnlich: Die staatlichen Krankenversicherer erstatten nur selten neuere Medikamente. Dabei haben sich weltweit laut der Weltgesundheitsorganisation die Durchschnittspreise neuer Krebs-Präparate in zehn Jahren von 4500 auf 9000 Euro im Monat verdoppelt. Osteuropäische Länder geben nach den neusten Zahlen rund 180 Euro pro Jahr und Patient für Medikamente aus. Deutschland investiert laut der OECD rund das Dreieinhalbfache - rund 620 Euro pro Patient.

Für Patienten und Krankenversicherungen in ärmeren europäischen Ländern ist das verheerend. Lettlands Regierung verbaut Krebskranken weitgehend den Zugang zu neueren Medikamenten. Sie ließ sich zum Beispiel zehn Jahre Zeit, um das teure Brustkrebsmittel Herceptin von Roche nach der EU-Zulassung zur Erstattung zuzulassen. Patienten bekommen derzeit von der staatlichen Krankenversicherung NHS nur fünf der in Europa normalerweise erstatteten 30 neuen Krebsmittel bezahlt. Inese Kaupere vom NHS rechtfertigt das mit ihrem begrenzten Budget und den zu hohen Preisen, die die Hersteller verlangen: „Diese sind inkompatibel mit unserer Kaufkraft.“ Die Folge: Wer dort an Dickdarm-, Lungen- oder Hautkrebs erkrankt, wird mit veralteten Therapien behandelt. Der Chef der Lettischen Vereinigung der Chemotherapeuten, Gunta Purkalne, sagt: „Wir schämen uns, wenn wir Kollegen im Ausland verraten, welche Medikamente wir benutzen.“

Die Regierung konnte bei den Herstellern, deren Medikamente sie erstattet, zwar Rabatte herausholen. Doch die Hersteller setzten durch, dass diese geheim und die Listenpreise unverändert hoch bleiben. Denn die Pharmakonzerne fürchten: Zwischenhändler würden günstigere Präparate sofort nach Westeuropa exportieren und die Umsätze der Hersteller schmälern.

Zudem sorgen sich Hersteller um negative Effekte von Auslandspreisvergleichen: Die nationalen Behörden fast aller EU-Staaten schauen sich nämlich an, was ein Medikament in anderen Ländern kostet. Erst dann setzen sie den Preis im eigenen Land fest. Die Preise in Lettland bestimmen direkt etwa die Preise in Belgien, Finnland oder Italien mit, deren Preise wiederum von anderen EU-Ländern genutzt werden. Die Hersteller fürchten Kettenreaktionen. Beispiel Griechenland: Eine Studie des europäischen Verbands der pharmazeutischen Industrie von 2012 zeigt, dass die

Hersteller bei einer Senkung der Medikamentenpreise in Griechenland um zehn Prozent im Land selbst 299 Millionen Euro Umsatz pro Jahr verlieren. Europaweit würden sie 799 Millionen Euro und weltweit über zwei Milliarden Euro pro Jahr einbüßen. Grund: Die Preissenkung in Griechenland drückt wegen des Auslandpreisvergleichs indirekt die Preise etwa in Italien, der Türkei und Portugal.

Neuere Krebsmittel wie Perjeta, Avastin oder Kadcyła, die der Staat nicht zahlt, kosten in lettischen Apotheken daher mindestens so viel wie in reichen Ländern Westeuropas. Das zeigt ein Vergleich der Listenpreise der lettischen Agentur für Heilmittel mit Preisen in Deutschland, der Schweiz und Großbritannien. Der große Unterschied: Pro Monat verdienen Letten laut dem Lettischen Statistikamt im Schnitt 700 Euro, ein Fünftel des deutschen Durchschnittslohns. Die Ärztin Signe Plate vom lettischen Onkologie-Zentrum kennt Patienten, die für eine Krebsbehandlung ihre Häuser verkaufen.

Kārlis Liepiš, dessen Name eigentlich anders lautet, hatte diese Möglichkeit nicht. Im Juli 2015 bekam der 32-Jährige die Diagnose Dickdarmkrebs. Nach dem Eingriff rieten die Ärzte ihm ebenfalls zur Avastin-Behandlung. Doch Liepiš muss für einen dreijährigen Sohn und für das gesamte Familieneinkommen sorgen. 1000 Euro im Monat reichten da nicht aus, um auch noch eine Krebsbehandlung zu finanzieren. Liepiš entschied sich für eine günstigere Chemotherapie. Aber die ersten Resultate zeigen, dass diese nicht effektiv genug ist. „Avastin“, sagt er, „kann ich mir aber nicht leisten.“

Andere Länder, ähnliche Beispiele: Eine ältere bulgarische Brustkrebspatientin bekommt für ihre Chemotherapie seit kurzem eine Rechnung über 13 Euro ausgestellt und das für ein älteres Mittel. Für bulgarische Rentner ist das viel: Jeder fünfte muss mit 70 Euro im Monat durchkommen. Ihre erste Chemo im Dezember war noch gratis gewesen. Seit 2016 erstattet die staatliche Krankenversicherung NHIF das Medikament und 1033 weitere Präparate nicht mehr. Bulgariens nationale Krankenversicherung NHIF muss sparen: 2014 waren ihre Ausgaben für Krebsmittel um ein Viertel gestiegen - eine Folge höherer Preise, aber auch zahlreicher Betrugsfälle. Und 2015 kostete sie allein die Erstattung von neun neu zugelassenen teuren Krebsmedikamenten 15,3 Millionen Euro.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Braucht ein Patient nun eines der gestrichenen Medikamente, muss er selbst dafür aufkommen. Das gilt auch für zwölf Krebsmittel, für die es laut Stoycho Katsarov vom Zentrum zum Schutz der Rechte im Gesundheitswesen keinen adäquaten Ersatz gibt. Dabei sind viele der gestrichenen einfache, billige Präparate. Die teuren Krebsmedikamente der neueren Generation sind für bulgarische Normalverdiener mit ihrem Durchschnittslohn von 450 Euro im Monat ohnehin nicht erschwinglich: Von 20 gängigen Krebsmitteln kosten laut einem Report der Weltbank acht Präparate in Bulgarien mehr als in Großbritannien. Nur drei sind billiger, der Rest etwa gleich teuer. Rumäniens rund 110.000 Krebspatienten bekommen oft gar keine Medikamente. Die staatliche Krankenversicherung CNAS hat seit fünf Jahren keine neuen Krebsmittel als erstattungswürdig anerkannt. Von 2008 bis 2013 waren zudem 25 bewährte Krebsmedikamente im Land nicht erhältlich. Viele sind heute noch nicht verfügbar, sagt Alexandru Eniu vom Krebsinstitut Ion Chiricuța in Cluj-Napoca.

Die Nationale Agentur für Patientenschutz erhielt 2015 Hunderte Beschwerden von Patienten, die von Ärzten Rezepte hatten, um Medikamente zu kaufen, die gratis hätten vorhanden sein müssen. Als eine Hauptursache der Engpässe gilt der Parallelhandel: Die Hersteller beliefern rumänische Händler zwar mit Medikamenten. Laut einem Großhandels-Experten, der anonym bleiben will, exportieren die fünf wichtigsten Zwischenhändler Medikamente für bis zu 700 Millionen Euro pro Jahr aber zurück ins Ausland, 22 Prozent des Gesamtumsatzes.

Den Exportfirmen winken bei der Ausfuhr des Krebsmittels Mabthera etwa nach Deutschland Zusatzprofite von bis zu 20 Prozent. Mabthera dient vorwiegend zur Therapie von Tumoren im Lymphgewebe. Dabei ist das oft illegal. Rumänische Großhändler dürfen laut Gesetz maximal zehn Prozent ihres Lagerbestands ausführen. Die Exporte müssten sie melden. Doch die Behörden überwachen laut Kennern die Meldepflicht nicht. Außerdem droht Firmen bei Verstößen eine Strafe von höchstens 2200 Euro.

In vielen weiteren osteuropäischen Ländern ist die Versorgung von Krebspatienten ebenfalls schlecht: Die Europäische Gesellschaft für medizinische Onkologie veröffentlichte 2015 erste Ergebnisse einer Studie, die zeigte, dass neuere Wirkstoffe gegen Tumore in Ost- und Südeuropa viel seltener verfügbar sind als in

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

West- und Nordeuropa. Es fehlen vor allem Medikamente zur Behandlung von schwarzem Haut-, Nierenzell- und Formen von Lungen- und Darmkrebs. Laut der Nichtregierungsorganisation „Health Action International“ in Amsterdam bieten Apotheken und Kliniken in Osteuropa häufig auch keine Generika an. Das zwingt Patienten, die teuren Originale zu kaufen.

Noch gibt es keine Statistiken, die zeigen, wie viele Krebspatienten in Europa aufgrund der Preisunterschiede frühzeitig sterben. Die Überlebenschancen von Krebskranken in Osteuropa sind laut einer Studie der Europäischen Vereinigung der Krebspatienten jedenfalls vierzig Prozent geringer als die von Patienten in Westeuropa.

Mitverantwortlich für die Misere ist die Hochpreispolitik großer Hersteller von Krebsmitteln wie Roche, Novartis, Celgene, Eli Lilly, Astra-Zeneca oder Bayer. In ihren Konzernzentralen in Basel, Leverkusen, London oder New Jersey tüfteln Hunderte von Spezialisten an Preisstrategien, lange bevor ein Produkt auf den Markt kommt. Die Zentrale entscheidet auch, ob das neue Präparat zuerst in Hochpreisländern wie Deutschland, Frankreich, Finnland oder der Schweiz auf den Markt kommt. Dann folgen Länder mit mittleren Preisen wie Holland oder Großbritannien. In ärmeren Ländern verzögern Konzerne gerne die Einführung. Ein hoher Pharma-Manager räumt ein: „Wir würden gewisse osteuropäische Länder am liebsten gar nicht beliefern.“

Reinhard Busse, Professor für Management im Gesundheitswesen an der TU Berlin, sagt: „Die niedrigen Preise in Rumänien oder Bulgarien machen den Herstellern die Preise in West- und Nordeuropa kaputt.“ Schuld daran seien Rückkoppelungseffekte durch Auslandspreisvergleiche. Ein „Market Access“-Spezialist sagt: „Unser Ziel ist, keine großen Preisunterschiede zwischen den einzelnen Ländern zuzulassen.“

Für viele Insider ist unbestritten: Die Hersteller verzichten bei der Markteinführung eines neuen Krebsmittels lieber auf die Rückerstattung durch die staatliche Krankenversicherung, als zu niedrige Preise zu akzeptieren. So können sie ihre Präparate so teuer verkaufen, wie sie wollen. Und die internationalen Listenpreise hoch halten.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Viele Medikamente kosten deshalb nicht nur gleich viel in Osteuropa, sondern manchmal sogar mehr als in Westeuropa. Das zeigen Preisvergleiche und Studien. So muss ein lettischer Hautkrebspatient gemessen am Pro-Kopf-Einkommen seines Landes acht Mal mehr für das Roche-Präparat Zelboraf ausgeben als ein deutscher Patient.

Roche und Novartis, die weltweit umsatzstärksten Onkologika-Hersteller, erklären auf Anfrage, dass sie ihre Preise mit nationalen Behörden abstimmen und dabei ihre Forschungsausgaben, die ökonomische Lage des Landes sowie den Nutzen ihres Produkts für Patienten und Gesellschaft berücksichtigen. Eine Roche-Sprecherin betont, man sei offen für neue Preislösungen. Ein Novartis-Sprecher sagt, man helfe auch Patienten, Zugang zu nötigen Medikamenten zu bekommen. Zu konkreten Preisen in Osteuropa äußern sich die Konzernsprecher nicht. Die Europäische Union ist alarmiert. Eine Sprecherin sagt, die Europäische Kommission wisse, dass Auslandspreisvergleiche „negative Konsequenzen für den Zugang der Patienten“ zu Medikamenten haben könnten. Das Problem sei, dass alle 28 EU-Staaten die Preise erstattungsfähiger Medikamente selbst bestimmen. Die Kommission habe kein Mitspracherecht. Sie hat dennoch zwei Studien zu den negativen Folgen von Auslandspreisvergleichen in Auftrag gegeben. Vor kurzem erschien nun eine der Studien. Es geht darin auch um Alternativen zu der umstrittenen Praxis. Hauptautorin ist die österreichische Gesundheitsökonomin Sabine Vogler. Sie fordert im Gespräch „erschwingliche Arzneimittelpreise, in denen sich auch die Kaufkraft eines Landes widerspiegelt“. Zudem sollten Rabatte transparent sein. Nur so lasse sich verhindern, dass Konzerne nationale „Schaufensterpreise“ wie in Lettland durchsetzten, die dazu führten, dass andere EU-Länder überteuerte Preise festlegten.

Dieser Artikel mit der Unterstützung des Journalismfund.eu mit Sitz in Brüssel.

Die Spur des Geldes

***Menschenschmuggler** Eine internationale Bande schafft Afrikaner übers Mittelmeer – Tausende sterben dabei. Die Drahtzieher im Millionengeschäft werden gejagt. Eine Fährtsuche von Tripolis über Palermo bis Frankfurt.*

Von Alexander Bühler, Susanne Koelbl, Sandro Mattioli, Walter Mayr,

DER SPIEGEL, 24.09.2016

Er ist der derzeit meistgesuchte Schlepper der Welt. Fotos von ihm gibt es nicht – nur ein Phantombild, das Fahnder sich zeichnen ließen. Es zeigt einen stämmigen Mann mit scharf geschorenem Haar. Äthiopier soll er sein, Anfang 40, seit zehn Jahren im Geschäft.

Am Telefon klingt seine Stimme dunkel und kehlig, er wählt seine Worte mit Bedacht. Bisweilen streut er englische Brocken ins Arabische ein. „Life jackets“ – Rettungswesten –, blafft er ins abgehörte Handy, nachdem am 3. Oktober 2013 eines seiner Schiffe vor Lampedusa gesunken war, „life jackets habe ich noch nie mitgegeben, ist das klar?“

366 Menschen ertranken an jenem Tag unweit der Insel Lampedusa, ihr Ziel vor Augen: Europa. Ärgerlich fand das der Mann, der die Fahrt des Holzkahns organisiert hatte – weniger der Toten, mehr der Rufschädigung wegen: „So viele Flüchtlinge sind aufgebrochen mit anderen Organisatoren und zu Fischfutter geworden, aber davon spricht keiner“ – nur er werde gejagt.

Er, Ermias Ghermay.

Seit jenem „Tag der Tränen“, wie Papst Franziskus klagte, sind an die 10.000 weitere Flüchtlinge im Mittelmeer ertrunken – im Schnitt alle drei Stunden einer. In derselben Zeit haben es aber auch fast 500.000 Menschen lebend bis an die Küsten

Italiens geschafft. Das bedeutet: In die Kassen krimineller afrikanischer Schleuser wurden binnen drei Jahren mehrere Milliarden Euro gespült.

Die Regeln in diesem mörderischen Gewerbe diktieren neben Äthiopiern, Sudanesen und Libyern Männer aus Eritrea. Ihr Heimatland, einer der ärmsten Staaten der Welt, gilt als „gigantisches Gefängnis“ (Human Rights Watch) samt Ein-Parteien-Diktatur. Mehr als eine Million Eritreer sind ins Ausland geflohen. Ein gewaltiger Markt für die eritreischen Schlepper, die zunehmend das Geschäft mit Flüchtlingen auf der zentralen Route über das Mittelmeer steuern.

Ihre Residenten in Khartum und Tripolis, in Palermo, Rom und Frankfurt sind, das beweisen Abhörprotokolle der italienischen Staatsanwaltschaft, untereinander bestens vernetzt. Wie Streckenposten weisen sie Landsleuten den Weg nach Norden – und kassieren dabei Millionen.

Unter allen Afrikanern stellen die Eritreer die meisten Asylanträge in der Bundesrepublik. Parallel dazu wächst die Zahl der Schleuser, die Deutschland nutzen, um unterzutauchen. Menschenhandel gehört wie Waffen- und Drogenhandel zu den lukrativsten Sparten organisierter Kriminalität, er ist zu einem von Eritreern kontrollierten Wirtschaftszweig geworden – unter den Augen deutscher Behörden, deren angebliche Untätigkeit bei italienischen Fahndern auf Fassungslosigkeit stößt.

Der SPIEGEL hat monatelang in Libyen und Italien, im Frankfurter Bahnhof- und im Berliner Regierungsviertel recherchiert. Mehr als tausend Seiten italienischer Ermittlungsakten wurden ausgewertet, vertrauliche Dossiers geprüft, überlebende Bootsflüchtlinge befragt. Die Fakten fügen sich zum Porträt einer Gattung zynischer Menschenhändler, die den Tod Tausender in Kauf nehmen; die Flüchtlinge einsperren, foltern, wie Vieh verkaufen.

Einer der berüchtigtsten dieses Schlages ist Ermias Ghermay.

Tripolis, Libyen

Die Polizeistation der Sondereinheit Tarik al-Sika liegt an der gleichnamigen Hauptstraße im Zentrum der libyschen Metropole. Hier haben die Gegenspieler von Ermias Ghermay und anderen Schleusern ihr Hauptquartier. Für Ausländer war der Komplex bisher tabu.

Ein Stahltor gibt den Weg frei in den Hof. Links liegen die Büros der Ermittler und Spezialkräfte, rechts die Gefängniszellen. Die Tarik al-Sika ist eine Elite-Einheit, zuständig für die Jagd auf Menschenhändler und Mitglieder extremistischer Milizen. Verglichen mit dem sonstigen Chaos in Libyen geht es hier geordnet zu. An der Wand hängen Dienstpläne aus, die Protokolle der Einsätze sind sauberlich in Ordner einsortiert.

Hussam, der Schichtführer – seinen Nachnamen gibt er aus Sicherheitsgründen nicht preis –, trägt T-Shirt und Jeans, keine Uniform. Seine Barttracht gehorcht dem Modetrend im Umfeld der Milizgruppe Libysche Morgendämmerung: ein scharf rasierter Halbkreis unter der Unterlippe, von einem Ohr zum anderen reichend. Die Haare trägt der Ermittler zum Zöpfchen gebunden.

Ahnt Hussam, wo Ermias Ghermay steckt, der Schlepper?

„Wir wissen, wo er und die Seinen sind, mit wem sie arbeiten, wohin sie sich bewegen und wo sie wohnen“, sagt der Fahnder. Er greift sich einen Ordner und trägt vor: Bis 2015 habe Ghermay in Tripolis in einem Viertel gelebt, das vorwiegend von afrikanischen Migranten bewohnt werde und als Umschlagplatz für Drogen, Waffen und Alkohol berüchtigt sei. Zweimal, so Hussam, habe seine Einheit Ghermays Wohnung gestürmt, zweimal sei der Schleuser entkommen. Aktuell halte Ghermay sich mit seinen schwer bewaffneten Bewachern in Sabrata auf, einer Küstenstadt im Westen des Landes. Man habe leider weder genug Leute noch Waffen, um die Bande dort auszuheben.

Wie kommt es, dass manche Schlepper offen mit ihren prächtigen Beziehungen zur libyschen Polizei prahlen? Dass sie sich rühmen, gegen Bares selbst aus dem Knast jeden frei zu bekommen? Hussam sagt, all das gebe es zweifellos in Libyen, nicht aber bei seiner Einheit.

„Ermias ist ein Äthiopier mit eritreischem Pass, unauffällig gekleidet, in Jeans und T-Shirt“, sagt Yonas: Der ehemalige Mittelsmann Ghermays hat hellbraune Haut wie die meisten Eritreer und ist fast zwei Meter groß. Seit ihn die Tarik al-Sika vor Monaten an seinem Arbeitsplatz verhaftete – in der Cafeteria der eritreischen Botschaft zu Tripolis –, kooperiert Yonas, der in Wahrheit anders heißt, mit Libyens

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Spezialkräften. An diesem Tag führen sie ihn als Belastungszeugen vor. 50 Dinar, gut 30 Euro, habe er für jeden fluchtwilligen Eritreer kassiert, den er an Ghermay vermittelte, sagt Yonas – einige davon seien dann vor Lampedusa ertrunken. Noch in der Nacht nach dem Unglück habe „Ermias die Passagierliste unter der Tür der eritreischen Vertretung durchgeschoben, damit die Angehörigen informiert werden können“ – ein kaltblütiger Akt, auf den Ghermay laut Abhörprotokollen stolz ist: Die Verwandten der überwiegend eritreischen Opfer, so brüstet er sich, seien prompt „informiert“ worden. Eine Geste, die gut ist für das Geschäft.

„Ich habe ihn danach angerufen und mich mit ihm in der Cafeteria verabredet, ich wollte erreichen, dass er die Familien der Ertrunkenen entschädigt“, sagt Yonas. „Er ist tatsächlich erschienen, hat aber am Ende nur den Preis für die Passage zurückerstattet – mehr bekam keiner.“

Die Flüchtlinge seien an ihrem Tod selbst schuld gewesen – sie hätten seine Anweisungen nicht befolgt und das Boot fahrlässig zum Kentern gebracht, sagt Ghermay am Telefon zu einem sudanesischen Menschenschieber; er selbst sei mit sich im Reinen: „Wenn ich die Regeln befolgt habe und sie sind trotzdem gestorben, dann war es Schicksal.“

Der Sudanese stimmt zu: „Gegen Gottes Richtspruch gibt es keine Berufung.“

Sabrata, Libyen

Schon von Weitem sind die Ruinen des alten Theaters von Sabrata zu sehen – Unesco-Weltkulturerbe und Zeugnis glanzvoller Zeiten unter dem römischen Philosophenkaiser Mark Aurel. Heute ist die mehrtausendjährige Stadt ein Knotenpunkt des internationalen Verbrechens und Umschlagplatz für die Summen, die im Menschenhandel verdient werden.

Hier kommen die meisten Migranten aus Schwarzafrika an, von hier aus starten viele der Boote Richtung Italien. Tausende Kilometer haben die Flüchtlinge zuvor zurücklegen müssen. Bis zu 6000 Dollar zahlen Eritreer, die es bereits über Äthiopien bis in den Osten Sudans geschafft haben, für den Weitertransport über die sudanesischen Hauptstadt Khartoum an die libysche Mittelmeerküste. Für die meisten ist es ein Leidensweg. Sie werden in der Sahara zu Geiseln genommen, eingesperrt und

systematisch misshandelt – bis die Angehörigen in der Heimat Geld für die nächste Etappe schicken.

Die 18-jährige Fanos Okba, in einem der Lager vergewaltigt, später Überlebende der Tragödie vor Lampedusa, sagt: „Wir wurden gezwungen, den ganzen Tag zu stehen und zuzusehen, wie unsere Leidensgenossen auf unterschiedlichste Weise gefoltert wurden – mit Stromschlägen, mit Schlägen auf die Fußsohlen und mit einem Seil, das so um Beine und Hals geknüpft war, dass die geringste Bewegung zum Ersticken geführt hätte.“

Um die Qual zu beenden, müssen die Angehörigen zahlen – auf Konten im Sudan, in Israel oder Dubai. Oder sie schicken das Lösegeld über das nahöstliche Transfersystem „Hawala“. Es funktioniert mithilfe von Vertrauensleuten: Einer nimmt Geld in Kommission entgegen, ein Zweiter zahlt dieselbe Summe dann an einem anderen Flecken der Welt dem eigentlichen Empfänger aus. Erst wenn sie den geforderten Betrag entrichtet haben, erhalten die Angehörigen eines Flüchtlings einen Code, den sie dem Schlepper aufs Handy schicken müssen, damit die Reise nach Norden weitergehen kann.

An Libyens Küste angekommen, werden Ghermays Kunden erneut eingesperrt – meist in Lagerhallen in Sabrata oder in Außenbezirken von Tripolis. Die Flüchtlinge bekommen nun Registriernummern, das erleichtert die Buchhaltung. Im Schleppergeschäft geht es zu wie beim Handel mit Schweinehälften en gros. Ghermay unterhalte „direkte Kontakte zu Menschenhändlern aus der Subsahara“, steht in italienischen Ermittlungsakten. So gelinge es ihm immer wieder, „Ladungen“ an Migranten anderer Schleuser zu „erwerben, um den eigenen Profit zu steigern“.

Ghermays höherrangige Handlanger, die sich „Oberst“ rufen lassen, führen ein straffes Regime. Bleiben die Flüchtlinge zu lange in den Lagerhallen, kostet das Geld. Deshalb muss jeder Flüchtling, der die Passage nach Italien nicht sofort bezahlen kann, mit Folter, Prügeln und Schlimmerem rechnen. Die Hilfsorganisation Save the Children berichtet von Kindern, die monatelang gefangen gehalten wurden und ihren eigenen Urin tranken, um nicht zu verdursten.

All das trägt sich zu in einem Land, dem die Europäische Union im April 2016 ein „Paket substanzieller Soforthilfe“ in Höhe von 100 Millionen Euro in Aussicht gestellt hat; und all das geschieht, während deutsche Fregatten und andere Schiffe der EU-Rettungsmission „Sophia“ so dicht vor der libyschen Küste kreuzen, dass die Menschenhändler nur noch wenig für Boote und Sprit ausgeben müssen. Ein maroder Kahn, ein paar Liter Diesel und ein Satellitentelefon für den Notruf genügen.

Die Fahnder der Tarik al-Sika können in Sabrata auch deshalb nicht für Ordnung sorgen, weil dort Schlepper und schwer bewaffnete Milizen Hand in Hand arbeiten. Die Milizen brauchen Geld und die Menschenhändler Schutz, eine für beide Seiten gewinnversprechende Konstellation. Zu verdienen gibt es reichlich: 235.000 Flüchtlinge sollen derzeit im Hinterland der libyschen Küste auf ihren Transport nach Italien warten, erklärte der Uno-Sonderbeauftragte Martin Kobler vor gut einer Woche.

Ermias Ghermay hat sich nach Aussagen libyscher Ermittler derzeit in einer Siedlung gleich hinter dem Wasserturm Sabratas niedergelassen. „Er wandert von Stadt zu Stadt“, bestätigt Major Basem Bashir, Chef der Polizei-Einheit Illegale Migration in der Küstenstadt. „Er ist sehr gefährlich, unsere Quellen besagen, dass er sich jetzt bei uns aufhält.“

Näher als in Sabrata kann Ghermay seinen Opfern nicht kommen. Zuletzt warnte die Stadtverwaltung, die kommunale Leichenhalle könne keine weiteren toten Ausländer mehr aufnehmen – das Gebäude sei einfach zu klein für die afrikanischen Migranten, die an den Stränden von Sabrata angespült werden: Sudanesen, Somalier, Eritreer. Im Juli waren es mehr als 120 – und an einem einzigen Tag nach Angaben des Bürgermeisters mal 53.

Nicht nur Ghermay residieren in Sabrata, sagt Major Bashir, sondern auch der Unternehmer Dr. Mosaab Abu Grein. Ihn halten die Fahnder in Tripolis für den libyschen König des Menschenhandels. Mosaab Abu Grein ist nach Aussagen Ortsansässiger 33 Jahre alt, Vater zweier Söhne, ein Libyer von dezentem Auftreten sowie – offiziell – unbescholtenem Ruf. International liegt kein Haftbefehl gegen ihn vor. Er besitzt nach Behördenangaben den größten Strandklub in Sabrata, lehnt aber eine Stellungnahme zu den Vorwürfen der Fahnder ab.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Allein 2015 soll der Unternehmer, so behauptet ein früherer Komplize, der nun mit den Ermittlern kooperiert, 45.000 Menschen nach Europa geschmuggelt haben – das wäre fast ein Drittel aller Illegalen, die es im vergangenen Jahr bis nach Italien geschafft haben. Schon zu Gaddafis Zeiten wurden dem millionenschweren Geschäftsmann beste Kontakte zur italienischen Mafia und Einfluss im Menschenhandel nachgesagt. Inzwischen, so behaupten Ermittler, kontrolliere Ghermay für ihn das Geschäft mit den fluchtwilligen Afrikanern.

Ob all das, was die Libyer zu wissen vorgeben, auch Europas Fahndern bekannt ist? Bei dieser Frage schüttelt Hussam von der Antiterrorereinheit in Tripolis nur den Kopf. „Ihr Europäer klagt ständig über die Massen von Flüchtlingen aus Afrika“, sagt er, „aber keiner eurer Ermittler und Staatsanwälte aus Italien oder Deutschland kommt mal nach Tripolis, um zu fragen, was hier bei uns los ist.“

Palermo, Italien

Er hat ein breitflächiges Gesicht, schwarze Augen, und um den Hals trägt er ein Kettchen aus Plastikperlen – der Mann, der laut italienischem Haftbefehl „direkte Beziehungen zu den Schleusern in Libyen, darunter Ermias Ghermay“, unterhielt: Nuredin Atta Wehabrebi.

Atta sei „ein zentraler Kronzeuge“, sagt Calogero Ferrara. Der kantige Staatsanwalt, braun gebrannt, Zigarillo im Mundwinkel, ist erkennbar stolz. Hier, in Ferraras Büro in Palermo, hat Atta im April 2015 erstmals geredet. Die Aussagen des Eritreers, sagt Ferrara, seien so wertvoll, wie die Geständnisse führender sizilianischer Mafiosi es einst waren.

Ferrara arbeitet für die legendäre Antimafiabrigade der Staatsanwaltschaft Palermo. Schon morgens auf dem Weg zum Büro im zweiten Stock des Justizpalasts erinnert ihn eine Gedenktafel an mehrere ermordete Amtsvorgänger. Auch die Richter Paolo Borsellino und Giovanni Falcone, beide 1992 getötet, arbeiteten in diesem Gebäude. „Es gibt vieles, was in Italien nicht funktioniert, aber vom Kampf gegen das organisierte Verbrechen verstehen wir etwas“, sagt Ferrara.

Die enorme kriminelle Energie der Schleuser rechtfertigt nach Ansicht der sizilianischen Ermittler ein ebenso radikales Durchgreifen wie im Kampf gegen die

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Cosa Nostra. Die italienische Justiz erlaubt Fahndern Telefon- und Video-Überwachungen, es gibt eine großzügige Kronzeugenregelung mitsamt Zeugenschutz.

Mit drei großen Operationen – „Glauco 1“ bis „Glauco 3“ – hat die Staatsanwaltschaft Palermo bislang versucht, die Zellen von Ghermays Schleppernetz in Italien auszuschalten, 71 Haftbefehle wurden dabei erlassen. Beim letzten großen Zugriff im Juni waren zwei Drittel der 38 Beschuldigten Eritreer. Auch Urteile gibt es bereits – unter anderem gegen Atta, der nun im Zeugenschutzprogramm lebt. „Alles, was wir über dieses Netzwerk wissen, verdanken wir ihm“, sagt Ferrara.

Atta war mit 13 aus Eritrea nach Libyen gekommen und lebte später in Tripolis in derselben Straße wie Ermias Ghermay – in einer Mittelklassegegend der Hauptstadt. Er betrieb dort zu Gaddafi-Zeiten ein Café, in dem Fluchtwillige Station machten vor dem Absprung übers Mittelmeer. Atta nahm ihnen das Geld für die Passage ab und leitete es an die Schlepper weiter.

2007 floh er nach Italien und nutzte fortan von dort aus seine Kontakte zu den Großen im Schleusergeschäft. Er stieg auf und wurde neben Ghermay und einem Sudanesen namens John Mahray, wie es im Haftbefehl heißt, zu einem der „Chefs und Mitbegründer“ der kriminellen Vereinigung – zuständig für das italienische Operationsgebiet.

Atta kümmerte sich um den Weitertransport auf Sizilien eintreffender Flüchtlinge in Richtung Norden. Er musste sie schnellstmöglich wegschaffen – bevor die italienischen Behörden Fingerabdrücke abnehmen konnten. Ohne Fingerabdrücke sind die Spuren der Flüchtlinge schwer zu verfolgen. Beamte in Deutschland etwa können ohne sie kaum nachvollziehen, wer woher kommt.

Manche Migrant fuhr Atta – ohne Führerschein – persönlich im Wagen nach Deutschland, bisweilen auch nach Skandinavien. Ein leichtes Spiel in einem Europa ohne Grenzkontrollen. Oder er schickte Komplizen los, abends gegen halb zehn ging es ab von Bologna nach Rosenheim. „Früh um sechs Uhr bist du zurück und hast 1000 Euro“ verdient, so motivierte Atta seine Helfer und riet: „Wenn dich die Deutschen wirklich erwischen, sagst du, die Leute in deinem Auto kennst du nicht. Dann bist du einen Tag später wieder raus aus dem Knast.“

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Für ihn „besonders lukrativ“ und risikoarm, so Atta, sei das Geschäft mit gefälschten Meldezetteln, Heiratsurkunden und Familienstandsbescheinigungen gewesen. Einige seiner eritreischen Komplizen hätten gleichzeitig bei fünf verschiedenen italienischen Präfekturen mit fünf verschiedenen Meldezetteln die Familienzusammenführung mit fünf verschiedenen, angeblich in Eritrea verbliebenen „Ehefrauen“ beantragt.

Die Frauen, die so an die nötigen Einreisepapiere kommen, ersparen sich die lebensgefährliche Reise im Boot übers Meer. Auch deshalb zahlen sie für eine Scheinehe bis zu 15.000 Dollar. Und das Ganze, sagt Atta, funktioniere deshalb so prächtig, weil Italiens Präfekturen untereinander keine Daten abgleichen.

Diese Lässigkeit können sich die Italiener leisten. Zwar erreichten allein im vergangenen Jahr mehr als 38.000 Eritreer illegal Italien, doch die Gesamtzahl der Eritreer im Land sank seit 2011 trotzdem um 30 Prozent – auf aktuell 9600. Jedes Jahr wandern Zehntausende nach ihrer Ankunft weiter nach Norden. In die Schweiz, nach Schweden und Deutschland. Arme Schlucker sind darunter, aber auch schwerreiche Schlepper.

Die deutschen Behörden wüssten davon, sagt Staatsanwalt Ferrara, etwa durch die europäische Justizbehörde Eurojust – es sei ihnen aber offenbar egal. „Wir Italiener führen Ermittlungen durch, sprechen Haftbefehle aus, regen Koordinationstreffen von Eurojust an. Wir haben Unterlagen, aus denen hervorgeht, dass das Netzwerk Kontakte nach Deutschland unterhält.“ 40.000 Abhörprotokolle, so Ferrara, seien via Europol an die Kollegen in anderen EU-Ländern übermittelt worden. Ferraras Leute wollten mit deren Hilfe erfahren, wie weit verwurzelt das mörderische Schleusersyndikat bereits ist.

Briten, Schweden und Niederländer hätten die Daten ausgewertet und begonnen, selbst zu ermitteln, sagt Ferrara: „Die Deutschen hingegen haben nichts gemacht. Sie schienen auch nicht besonders interessiert. Bei einem der Eurojust-Treffen haben sie eine Praktikantin teilnehmen lassen. Aber gleichzeitig höre ich von deutscher Seite zum hundertsten Mal den Satz: ‚Wir sind bereit, den Italienern zu helfen‘ – da muss ich ehrlich sagen: Mir reicht’s.“

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Hochmut oder Blauäugigkeit? Ferrara tippt auf Letzteres: „Ein bisschen erinnert mich das an meine Ermittlungen in Sachen Mafia. Auch da gibt es in Deutschland die Tendenz, zu sagen: ‚Mafia? Gibt’s bei uns nicht.‘ Deutsche verschließen die Augen vor der Wirklichkeit – obwohl wir ihnen genügend Hinweise gegeben haben.“

Bei deutschen Ermittlern heißt es, die Italiener hätten sie zu spät informiert. Via Eurojust seien die italienischen Hinweise erst geteilt worden, als die Operationen „Glauco 1“ und „Glauco 2“ schon abgeschlossen waren. Strukturelle Unterschiede zweier verschiedener Systeme beidseits der Alpen erschwerten die Arbeit.

Besonders scharfes Geschütz gegen die Deutschen fährt ein freundlicher Herr auf, der sein Büro unweit der Kathedrale von Palermo hat: Carmine Mosca leitet die Spezialabteilung für den Kampf gegen Schleuserkriminalität bei der Squadra Mobile, dem mobilen Einsatzkommando der Polizei.

Mosca war dabei, als es im Juni im sudanesischen Khartum an die Auslieferung eines mit internationalem Haftbefehl gesuchten Schleppers ging. Er lobt die Zusammenarbeit mit der britischen National Crime Agency, die beim Zugriff half, und mit den Niederländern, die für italienische Anliegen immer ein offenes Ohr hätten. Aber es fällt ihm schwer, seinen Zorn im Zaum zu halten, wenn die Sprache auf die Deutschen kommt.

Im Kern sei es nicht so kompliziert, Leute wie Ermias Ghermay zu fassen, sagt Mosca, es werde ihm und seinen Leuten nur immer wieder künstlich erschwert. Beispiel gefällig? Gut, der Regelfall laufe so ab: Ein EU-Rettungsschiff der Mission „Sophia“ macht fest in einem sizilianischen Hafen, Hunderte Flüchtlinge an Bord. „Wir fahren da hin und ermitteln“, sagt Mosca, „wir fragen nach den Schleusern, nach Telefonkontakten in Libyen, die wir später abhören können – die meisten Schiffsbesatzungen, Iren, Spanier, Norweger, sind sehr gut organisiert und gastfreundlich.“

Es gebe eine Ausnahme: die Deutschen. Einmal habe die Fregatte „Hessen“ angelegt, mit Bootsflüchtlingen an Bord. Aber „die Offiziere ließen uns nicht einmal an Bord ihres Schiffes. Sie unterstützten uns in keiner Weise, gaben uns keinen

Hinweis. Kein Briefing, nichts. De facto haben wir danach keinen einzigen Schleuser verhaften können“.

Und das, obwohl er, so Mosca, gleich drei italienische Staatsanwälte dabei gehabt habe. Doch auch die seien von den Deutschen abgewiesen worden. Das Ganze sei schwer zu begreifen, schnaubt der Ermittler: „Wir sind hier in Italien, die bringen mir Migranten und lassen mich nicht einmal an Bord, um herauszufinden, wie die Rettung ablief.“ Unter allen Besatzungen von EU-Militärschiffen fielen die Deutschen mit ihrem „wirklich singulären Verhalten“ auf. Es gebe keinen brauchbaren Kontakt: „Der deutsche Verbindungsbeamte in Italien? Nie gehört, nie gesehen.“

Vom SPIEGEL befragt, kann sich der Kommandant der „Hessen“ an Fälle, in denen italienischen Behörden der Zugang aufs Schiff verwehrt worden sei, „nicht erinnern“. Außerdem habe Mitte 2015 noch kein „Mandat zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität im Mittelmeer“ vorgelegen, ergänzt das Verteidigungsministerium in Berlin. „Bei Bedarf“ werde während gemeinsamer Operationen Zutritt an Bord gewährt.

Auf Sizilien, einem historischen Schnittpunkt zwischen Europa, Afrika und dem Nahen Osten, sind die Folgen der tausendfachen Ankunft Schiffbrüchiger schon jetzt nicht mehr zu übersehen. Es genügt, den Fährten zu folgen, die der Kronzeuge Atta den Fahndern gelegt hat. Zum Beispiel in Palermo, in der Gasse Vicolo Santa Rosalia. Dort, in einer unscheinbaren Bar, brachten die Schlepper bis zu einer Razzia im Juli ihre menschliche Fracht unter. Heute sieht man hier junge Burschen schon mittags mit trübem Blick auf der Straße hocken, die Backen voller Blätter vom Katstrauch, einer beliebten Droge am Horn von Afrika.

Und wer in Catania das Haus sucht, in dem Ghermays Bruder zeitweise 117 Flüchtlinge unterbrachte – „Notfalls lass ich sie im Stehen schlafen“, sagte er in einem abgehörten Telefonat –, der findet ein paar Schritte weiter die aus Pappkartons gebastelten Nachtquartiere Gestrandeter unter freiem Himmel.

Etwa 400 Kilometer Luftlinie entfernt, in Rom, haben die Eritreer ihren Stützpunkt im Palazzo Selam, einem Glaspalast, der einst die Institute für Philosophie und Geisteswissenschaften der Universität Tor Vergata beherbergte und jetzt bis zu

2000 Flüchtlingen Obdach gibt. Zwei der im Juni zur Fahndung ausgeschriebenen Menschenhändler waren hier gemeldet – und ein paar weitere gar bei den Jesuiten im Zentrum Roms.

Die Glaubensbrüder von Papst Franziskus betreiben dort, in der Via degli Astalli 14 a, nicht nur eine stark frequentierte Suppenküche; sie bieten hinter ihrer grünen Eisentür auch eine besondere Dienstleistung an: Flüchtlinge ohne festen Wohnsitz dürfen die Postanschrift der frommen Brüder benutzen, wenn sie einen Antrag auf Asyl oder Aufenthaltsgenehmigung stellen wollen. Und so wurden schließlich 7 der 38 Haftbefehle im Rahmen von „Glauco 3“ den römischen Jesuiten zugestellt.

Das aber ist noch nicht das Ende. Kronzeuge Atta, der in seinen Schleuserzeiten in Rom einen bürgerlichen Backsteinbau mit Blick auf die Albaner Berge bewohnte, hat in seinen bis zu zehnstündigen Vernehmungen wesentlich mehr Hinweise gegeben. Teile seiner Aussagen unterliegen noch der höchsten Geheimhaltungsstufe. „Ab sofort arbeiten wir an der Operation ‚Glauco 4‘“, sagt Staatsanwalt Ferrara: „Diesmal geht es um die Finanzströme; wir haben um die Unterstützung mehrerer Nachrichtendienste gebeten. Denn es gilt das Motto des Richters Giovanni Falcone: Du musst der Spur des Geldes folgen.“

Frankfurt am Main

Wer verstehen will, wohin die Millionen der Schleuser fließen, der sollte nach Ermias Ghermays Ehefrau suchen – nach Mana Ibrahim. Sie habe in Deutschland Asyl beantragt, behauptet der Kronzeuge Atta: „Sie lebt nun in der Frankfurter Gegend; alles Geld, das Ermias verdient, ist in Deutschland.“

Sämtliche Daten zu Ghermays Gattin seien an die deutschen Kollegen weitergeleitet worden, heißt es in Palermo. Nur: In Deutschland ist über Mana Ibrahim nichts bekannt. Nicht bei den zuständigen Diensten, nicht bei Fahndern – man verfolge jedoch aufmerksam jeden Hinweis, heißt es.

Die Staatsanwaltschaft Frankfurt immerhin teilt auf Anfrage des SPIEGEL mit, dass die Mainmetropole zweifelsfrei einer „der deutschen Schwerpunkte der eritreischen Schlepper“ sei und dass zuletzt „etwa 10 bis 15 Verfahren“ in diesem Zusammenhang geführt wurden. Die Abteilung für organisierte Kriminalität habe

wegen „gewerbsmäßigen Einschleusens von Ausländern“ wiederholt ermittelt. Gefasst aber wurden zumeist kleinere Ganoven.

Die Ermittler in Palermo klagen derweil, mehrere mit Haftbefehl gesuchte große Menschenhändler aus Ghermays Organisation seien in Deutschland noch auf freiem Fuß. Bereits in den Jahren zuvor wurden maßgebliche Mitglieder des Schleppergewerbes in Deutschland nur auf italienisches Ersuchen hin aufgespürt. Zum Beispiel Measho Tesfamariam. Er wird beschuldigt, verantwortlich für eine Todesfahrt übers Mittelmeer zu sein, bei der im Juni 2014 244 Migranten spurlos verschwanden. Danach setzte sich der Eritreer nach Deutschland ab und beantragte Asyl. Im Dezember 2014 spürten Fahnder ihn im brandenburgischen Müncheberg auf.

Oder Yonas Redae, ein enger Mitarbeiter des Netzwerks auf sizilianischem Boden. Er lebte später als Asylbewerber in Göttingen und wurde im Februar dieses Jahres verhaftet. Oder Mulubrahan Gurum, dem vorgeworfen wird, Schatzmeister einer der mächtigsten Schleusergruppen zu sein: Getarnt als Asylbewerber lebte er in Worms, bis er im August 2015 festgenommen werden konnte.

Gegen Gurum, der alle Vorwürfe bestreitet, lagen in Italien diverse Strafanzeigen vor – wegen Vergewaltigung und Körperverletzung, wegen Hausfriedensbruchs und Diebstahls. Seinen Asylantrag in Deutschland hatte er unter seinem richtigen Namen gestellt. Als der Koblenzer Oberstaatsanwalt Mario Mannweiler unter dem Aktenzeichen 3AUSLA121/15 ein Auslieferungersuchen auf den Tisch bekam, dachte er, wie er rückblickend sagt, an einen Routinefall von Amtshilfe. Dabei stand in der Begründung: „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung“. Die deutschen Staatsanwaltschaften aber, sagt Mannweiler, seien chronisch überlastet: „Da müssen Sie erst mal einen finden, den das interessiert, der da bohren will.“

Sind demnach die Deutschen blind für die Täter, die über Libyen und Italien in dieses Land kommen? Oder hat der Gesetzgeber Schuld? In Italien ist schon die Zugehörigkeit zur Mafia ein Straftatbestand. In Deutschland nicht. Hier müssen andere Straftaten nachgewiesen werden, wenn jemand aus dem Verkehr gezogen werden soll.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

In Berlin räumt einer aus dem inneren Zirkel deutscher Geheimdienste ein: „Wir machen uns durchaus Sorgen, es gibt eine hohe Zahl nicht erfasster Flüchtlinge in Deutschland. Was uns außerdem beunruhigt, ist das Zusammenspiel von Menschenschmugglern, Milizen und politischen Extremisten in der Sahara, aber auch in libyschen Orten wie Sabrata“ – in der Stadt, in der sich Ermias Ghermay aufhalten soll.

Ob das Flüchtlingsproblem mit Geld zu lösen ist? Die EU zumindest hofft darauf. Der sogenannte Khartum-Prozess hat zum Ziel, den Staaten am Horn von Afrika und entlang der Schlepperrouten finanziell zu Hilfe zu kommen. Zu den Begünstigten zählt der brutale sudanesischer Herrscher Omar al-Bashir, er darf auf EU-Millionen hoffen. Ein EU-Aktionsplan sieht vor, künftig „die personellen und institutionellen Möglichkeiten der Regierung der Republik Eritrea“ zu stärken. Einer Regierung, der Amnesty International seit Jahren „grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung“ Andersdenkender vorwirft.

Der Exodus der Eritreer aber wird mit Finanzspritzen nicht aufzuhalten sein. Schon jetzt gibt es in Frankfurt eine eritreisch-orthodoxe und eine äthiopisch-orthodoxe Kirchengemeinde, ein eritreisches Konsulat und hinter dem Hauptbahnhof Bars und Restaurants, in denen sich gestrandete Eritreer zusammenfinden. Einer von ihnen erzählt, wie er mit einem Freund aus der Schleuserszene Ermias Ghermay kennengelernt habe: in der sudanesischen Hauptstadt Khartum. „Er erholt sich wie viele der großen Menschenhändler im Herbst im Sudan und verkehrt dort in den besten Kreisen“, sagt der junge Mann. Afrikanische Regenten zum Kampf gegen die Schlepper ermutigen zu wollen sei demnach in den meisten Fällen absurd: „Im Sudan grüßen Generäle in Uniform Ermias Ghermay wie einen guten Bekannten – er steht unter ihrem Schutz; und wenn er dann wieder in Libyen ist, schützen ihn die Libyer.“

Sawija, Libyen

Fast endlos scheinen die Reihen kleiner Sandhügel auf dem Friedhof unweit der Stadt Sawija. Weiße Ziegel dienen als Grabsteine der Namenlosen, die tot an der Küste angetrieben wurden. Hunderte sind es. Hier und da ragt, wo die Meeresbrise den Grabhügel abgetragen hat, eine Jacke aus dem Sand oder ein Knochen. Zerfledderte

Seiten eines Buches mit Überlieferungen aus dem Alten Testament flattern im Wind – vielleicht gehörte es einem der meist christlichen Eritreer, die hier begraben liegen.

Ein paar Kilometer weiter richtet ein halbes Dutzend Männer von der Küstenwache in Sawija den Blick aufs Meer. Ihr Wortführer, den sie Colonel Naji nennen, gibt sich erkennbar Mühe in seiner neuen Rolle als Vorkämpfer gegen den Menschenhandel. Seit dem 30. August werden die Mannschaften von der EU trainiert. Wenn ein Flüchtlingsboot gesichtet wird, sollen sie es zurückholen.

Auf welcher Seite die Truppe allerdings letztendlich steht, ist schwer zu sagen. Kaum entern sie ein Boot, lautet nach Aussage von Flüchtlingen die erste Frage: „Von wem seid ihr?“ Soll heißen: An welchen Schlepper habt ihr bezahlt? Danach werde entschieden, ob das marode Boot weiterfahren darf in Richtung jener Schiffe, die zur EU-Rettungsmission „Sophia“ gehören und vor den libyschen Hoheitsgewässern kreuzen. Oder ob es zurückgeschleppt wird.

Es scheint Schleuser zu geben, die einen guten Draht zur Küstenwache haben, und andere, die solche Kontakte nicht sorgsam genug pflegen.

Colonel Naji in Sawija sagt, er finde es gut, wenn Deutschland seine Männer im Kampf gegen die Schlepper unterstütze. Einen Ratschlag an die blauäugigen Freunde im Norden würde er trotzdem noch gern loswerden: „Ihr müsstet eure Gesetze ändern – die Schlepper benutzen euch inzwischen wie ein Taxiunternehmen, das die Kundschaft sicher und kostenlos kurz vor der libyschen Küste abholt.“

Wie viel kosten die Flüchtlinge?

Zwei Correctiv-Autorinnen stellten sich diese einfache Frage. Nach einem halben Jahr Recherche wird klar: Viele Kommunen wissen nicht, wie hoch der Aufwand ist – und werden von Heimbetreibern über den Tisch gezogen.

Von Julia Friedrichs und Bettina Malter, eine Recherche von CORRECTIV in Kooperation mit ZDFzoom und "Die Zeit" , 12.05.2016

Die Frage, mit der unsere Reise durch die Labyrinth der bundesdeutschen Verwaltung begann, schien simpel: Was kostet eigentlich die Unterbringung der Flüchtlinge? Mehr als eine Million sind 2015 nach Deutschland gekommen, etwa 800.000 von ihnen, schätzt der Bund, sind bis heute in Deutschland geblieben. Die meisten wohnen noch immer in Heimen, in Zelten, Containern oder Flüchtlingswohnungen. Wie viel zahlt der Staat für diese Heime und Wohnungen? Sind die Kosten überall in Deutschland gleich? Und wenn nicht, woran liegt das?

An diesem Donnerstag treffen sich Bund und Länder, um darum zu feilschen, wer die Milliarden-Kosten übernimmt, aber am Verhandlungstisch werden Landespolitiker sitzen, die nicht wissen, wie viel sie wirklich brauchen.

Ende des vergangenen Jahres blieb den Behörden wenig Zeit, um sich mit der Kostenfrage zu beschäftigen. Zehntausende Flüchtlinge mussten Woche für Woche untergebracht werden, oft hatten die Städte nur wenige Tage Zeit, um Unterkünfte zu finden. Jetzt, da weniger Flüchtlinge nach Deutschland kommen, gäbe es die Gelegenheit, in den Behörden Luft zu holen – und die Verwaltung so umzubauen, dass Flüchtlinge in Zukunft möglichst gut und günstig untergebracht werden. Das Problem ist nur: Man brauchte dazu belastbare Daten.

Gemeinsam mit dem Recherchezentrum Correctiv.org stellten wir uns die Frage nach den Kosten der Flüchtlingsversorgung im Spätsommer 2015. Wir hätten nie ge-

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

dacht, dass die Suche nach Antworten uns Monate beschäftigen würde; was folgte, war ein Irrlauf. Durch die Behörden der Länder und Kommunen, durch das Kleingedruckte streng geheimer Verträge, durch die unübersichtliche Welt der Container-Anbieter und Heimbetreiber. Am Ende erfuhren wir: Viele Kommunen wissen bis heute nicht, wie viel sie für Flüchtlinge ausgeben. Und dort, wo es Zahlen gibt, wird deutlich, wie groß die Unterschiede zwischen den Städten und Gemeinden sind. Einige haben es geschafft, mit Heimbetreibern, Sicherheitsfirmen und Caterern gute Preise auszuhandeln. Andere haben sich über den Tisch ziehen lassen.

Die Unterbringung und Verpflegung von Flüchtlingen ist Ländersache. Wir fragen also zuerst bei den Ministerien der Länder nach. Jedes Bundesland hat sein eigenes System. Viele Länder, etwa Niedersachsen und Brandenburg, übertragen die Aufgabe der Flüchtlingsunterbringung an die Landkreise und kreisfreien Städte, manche direkt an die Kommunen, zum Beispiel Nordrhein-Westfalen. Bayern delegiert die Aufgabe an die Bezirksregierungen. Die meisten Bundesländer zahlen den Kreisen und Städten eine Pauschale für die Versorgung der Flüchtlinge; sie liegt zwischen rund 6.800 Euro im Jahr in Thüringen und knapp 13.000 Euro in einigen Regionen Hessens. Manche Länder erstatten die tatsächlichen Ausgaben; die Kommunen strecken das Geld vor und reichen beim Land eine Rechnung ein. Eine zentrale Kostenerfassung gibt es nicht. Jeder kämpft für sich allein.

Wenn wir herausfinden wollen, wie hoch die Ausgaben pro Flüchtling tatsächlich sind, müssen wir also alle 295 Landkreise und die 107 kreisfreien Städte einzeln befragen: Wie viel zahlen sie an die Heimbetreiber? Welchen Preis konnten sie für die Sicherheitsleute verhandeln? Was kostet das Essen? Wir legen los. Schreiben E-Mails, führen unzählige Telefonate. Und bekommen vor allem: Absagen. Was man einzelnen Vermietern und Betreibern zahle, sei geheim, argumentierten die Verwaltungen, Geschäftsgeheimnis. Das Mauern der Behörden macht es uns schwer, einen Überblick über die Kosten zu bekommen. Den Heimbetreibern gibt es die Möglichkeit, die Verwaltungen auszunehmen.

In Velbert zum Beispiel, einer Stadt in Nordrhein-Westfalen, 80.000 Einwohner, zwischen Düsseldorf und Essen gelegen. Während wir auf die Antworten der Städte und Landkreise warten, reisen wir durch Deutschland und machen Stichproben. In

Velbert wird uns klar, wie gut es wäre, wenn der Staat einen Überblick über die Kosten hätte.

Velbert ist hoch verschuldet. Die Flüchtlingsbetreuung erledigte man in der Verwaltung lange nebenher. Als im Herbst dann die Zahl der Menschen, die das Land Nordrhein-Westfalen nach Velbert schickte, in die Höhe schoss, klappte das so nicht mehr. Der Sozialdezernent Holger Richter, grauer Bart, parteilos, seit sechs Jahren im Amt, hatte schlaflose Nächte, weil er nicht wusste, wie seine Stadt die Menschen berbergen sollte: "Wir waren relativ hilflos", sagt er. Hilfloze Verwaltungen, das lernen wir in Velbert, sind ein idealer Verhandlungspartner für alle, die schnell viel Geld verdienen wollen.

Die Stadt Velbert beschloss, ein Unternehmen zu beauftragen, ein Flüchtlingsheim zu betreiben: European Homecare, den größten Anbieter auf dem deutschen Markt. Im Jahr 2014 wurde das Unternehmen bekannt, weil in einem seiner Heime Flüchtlinge von Sicherheitsleuten misshandelt wurden. Das Geschäft läuft trotzdem gut. Laut internen Zahlen von European Homecare ist der Umsatz in den letzten zwei Jahren von 17 auf 100 Millionen Euro gestiegen. Die durchschnittlichen Tagessätze, die das Unternehmen den Städten in Rechnung stellt, haben sich von 2013 bis 2015 um 50 Prozent erhöht. Uns liegt der Vertrag mit der Stadt Velbert vor: Demnach zahlt die Stadt dem Betreiber European Homecare knapp 300.000 Euro pro Monat, für 200 Plätze, inklusive Vollverpflegung und Bewachung. Das sind fast 1.500 Euro monatlich pro Flüchtling. Ist das der übliche Preis?

Wir fahren in einen anderen Ort: ins niedersächsische Oldenburg. Auch dort betreibt die Firma European Homecare Flüchtlingsheime. Die Oldenburger Verwaltung allerdings arbeitet schon lange mit dem Unternehmen zusammen. Seit Jahren tagt im Rathaus eine "Taskforce-Asyl", ressortübergreifend. "Wir hatten uns eins vorgenommen: Dass wir vor der Lage sind", sagt der Bürgermeister Jürgen Krogmann. "Wenn man wartet, bis der Bus auf dem Parkplatz steht, dann hat man natürlich nur noch Notunterkünfte und Zelte. Vorausschauendes Planen hat uns geholfen."

Krogmann führt uns durch eine der Unterkünfte, die European Homecare in einer alten Fliegerkaserne betreibt: Die Betten sind schlicht. Die türkisfarbenen Matratzen sind zu groß für das Gestell. Aber ansonsten wirkt das Heim gut geführt. Die

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Flüchtlinge können in kleinen Küchen selbst kochen. Das spart die Cateringfirma. Sogar einen kleinen Kindergarten gibt es. Auch um den kümmert sich European Home-care.

Und das alles, verglichen mit Velbert, zu einem Spottpreis: Gut 400 Euro zahlt die Stadt Oldenburg in diesem Heim pro Flüchtling und Monat. Die Verträge sind nicht im Detail vergleichbar: Velbert zahlt den Caterer, Oldenburg nicht. Aber das rechtfertigt nicht den vierfachen Preis.

Oldenburg hat gut verhandelt. Velbert stand, wie es Dezernent Richter selbst sagt, "mit dem Rücken zur Wand".

Klaus Kocks, der Sprecher von European Homecare, hat dafür eine einfache Erklärung. "Das ist Marktwirtschaft", sagt er, ein PR-Profi, der im schwarzen Anzug und mit Häkelblume am Revers in die Oldenburger Unterkunft gekommen ist. "Nervt Sie denn der Vorwurf, Sie machten mit der Not der Flüchtlinge Profit?", fragen wir. "Wir machen keine Geschäfte mit den Flüchtlingen", sagt Kocks. "Wir machen Geschäfte mit den Kommunen." Da hat er recht. Und dieses Geschäft mit den Kommunen ist auch deshalb so lukrativ, weil niemand einen Überblick über die Kosten hat. Hätte Velbert knapp 1.500 Euro pro Flüchtling und Monat gezahlt, wenn die Stadt den Oldenburger Vertrag gekannt hätte?

Allmählich erreichen uns die ersten Antworten auf unsere Anfragen an die Landkreise, kreisfreien Städte und andere Stellen. Wir hatten gefragt, wie viel sie für die Unterbringung, Bewachung, Betreuung und Verpflegung pro Flüchtling und Monat zahlen. Erste Erkenntnis: Die Spanne ist enorm. Während beispielsweise Saarlouis im Schnitt 288 Euro pro Monat und Flüchtling zahlt, gibt die Stadt Leipzig 388 Euro aus, der Landkreis Lörrach am Bodensee sogar 1.212 Euro. Einige Unterschiede lassen sich relativ leicht erklären: In einer Großstadt wie Hamburg mit hohen Mieten ist es teurer, einen Menschen zu versorgen, als im nordhessischen Bad Wildungen, einer kleinen Kurstadt mit Leerstand. Hamburg zahlt gut 1.300 Euro, Bad Wildungen 500. Aber das allein erklärt nicht alle Unterschiede.

Die Daten, die wir bekommen, sind Durchschnittswerte. Denn jede Kommune zahlt für jede Unterkunft einen anderen Preis. Manche mieten Wohnungen an – die

einen zur ortsüblichen Miete, die anderen mit enormen "Flüchtlingsaufschlägen". Manche stellen Container auf, buchen Hotelbetten, rüsten leer stehende Pensionen um. Einige betreiben die Unterkünfte selbst, andere beauftragen damit Unternehmen wie eben European Homecare. Oft zahlen Städte und Kreise dann Tagessätze. Auch die fragten wir ab. Die Spanne liegt zwischen 3 Euro und 50 Euro pro Flüchtling und Tag. Allerdings weigerten sich die allermeisten Kommunen, uns auf diese Frage überhaupt zu antworten.

Nur wenige Oppositionspolitiker machen sich die Mühe, Einsicht in die Verträge zu erklagen. Einer von ihnen ist Fabio Reinhardt, Abgeordneter der Piraten in Berlin, ein Arbeiter, kein Lautsprecher. Reinhardt versucht zu kontrollieren, welche Verträge die Berliner Behörden an welche Heimbetreiber vergeben. Die Verwaltung, sagt er, mache ihm das fast unmöglich. "Das ganze Verfahren ist intransparent. Es gibt kaum öffentliche Ausschreibungen, oft werden nicht einmal Verträge geschlossen." Schon im Juli 2015 hatten Wirtschaftsprüfer die Berliner Verwaltung deswegen gerügt. Im Oktober legte der Landesrechnungshof in einem internen Bericht nach. Die Berliner Verwaltung hätte die Unterbringung der Flüchtlinge weder "geplant" noch "gesteuert". Es gebe zahllose Einzelvereinbarungen, keine zentrale Kostenerhebung, ja, die Verwaltung wisse nicht einmal, wie viele Plätze sie genau eingekauft habe.

Auch der Grünen-Politiker Sebastian Striegel, Landtagsabgeordneter in Sachsen-Anhalt, versucht seit Monaten auf dem Klageweg Einsicht in die Verträge zwischen dem Saalekreis und einer Betreiberfirma zu erhalten. Auch hier wollte die Verwaltung unter Verschluss halten, wie viel sie dem Unternehmen pro Flüchtling zahlt. Auch hier war das Argument: Betriebsgeheimnis. Striegel fand schließlich heraus, dass der Kreis auch für leere Betten überweist. Selbst wenn, wie im Moment, weniger Flüchtlinge kommen, heißt das nicht, dass die Gelder, zu deren Zahlung sich die Verwaltungen in ihren geheimen Verträgen zum Teil auf Jahre verpflichtet haben, nicht fällig werden.

Zurück zu unserer Datenabfrage bei den Städten und Landkreisen: Obwohl wir über Monate immer wieder nachfassen und in einigen Bundesländern sogar parlamentarische Anfragen initiieren, schickt uns am Ende nur ein Drittel der angefragten Behörden verwertbare Aussagen. Von den anderen kommen Schreiben wie diese: "Leider ist es uns nicht möglich, Ihre Fragen zu beantworten." Oder: "Von unserer Seite gibt

es zu den Kosten keine Aussage." Oder: "Einen so umfangreichen Fragenkatalog möchte ich meinen Kollegen momentan nicht zumuten." Aus Bayern kommt die Absage gleich pauschal von ganz oben. "Wir bitten um Verständnis, dass die von Ihnen erbetenen Zahlen in dieser Form statistisch weder vom Sozialministerium noch von den Bezirksregierungen erfasst werden", schreibt die Landesregierung.

Ein letzter Versuch, beim Deutschen Städtetag, dem Lobbyverband der Kommunen. Er fordert, dass Bund und Länder den Kommunen mehr zahlen, damit diese Flüchtlinge unterbringen, verpflegen und integrieren können. Weiß man hier, was wir nicht herausfinden konnten? Wie hoch also die Ausgaben in den einzelnen Orten tatsächlich sind? "Nein", sagt Helmut Dedy, Fachmann für Finanzen beim Städtetag. "Wir haben momentan keinen Überblick, welche Kosten in den Kommunen tatsächlich anfallen."

Der Kämmerer der Stadt Leverkusen, Frank Stein, ist einer, der mit einem Strahlen in den Augen von kommunalen Buchungssystemen und virtuellen Abrechnungsträgern reden kann. Ein leidenschaftlicher Bürokrat. Und als solcher empört es ihn, wenn Verwaltungsausgaben nicht präzise erfasst und benannt werden. Er weiß genau, wie viel die Unterbringung in Leverkusen kostet, und er sagt es auch: 800 Euro im Monat. "Uns war sehr wichtig wirklich konkret gebucht zu wissen, wie hoch der Aufwand ist, weil das für die politische Diskussion des Themas von großer Bedeutung ist", sagt Stein. Und fügt hinzu: Nur wenn die Städte diese Zahlen liefern, könnten sie überhaupt mit dem Bund und dem Land seriös verhandeln, wie viel Geld sie brauchen, um die Aufgaben zu erfüllen.

Das klingt so logisch wie selbstverständlich. Aber etliche Kommunen und Landkreise sehen sich außerstande. Mancherorts wird es sogar im Nachhinein – in Zeiten des Luftholens – unmöglich sein, die genauen Kosten zu ermitteln, wie ein internes Papier des Landesrechnungshofes Hessen kritisiert. Weil die Kosten für Asylbewerber in den Haushalten nicht präzise gebucht und extra ausgewiesen wurden, kann sie niemand mehr genau identifizieren.

Geld fordern und erhalten die Städte natürlich trotzdem. In Nordrhein-Westfalen zahlt das Land den Städten bislang eine Pauschale auf der Basis von Schätzungen. Erst Anfang 2017 will man so weit sein, die tatsächlichen Kosten benennen zu können. "Ist

das nicht ziemlich spät?", fragen wir Frank Stein. "Besser spät als nie", sagt der. Und lächelt schief. Für ihn, den Bürokraten, ist es ein Unding, solche wichtigen Zahlen erst nach Jahren parat zu haben.

Auch der Volkswirt Michael Thöne hat sich – wie wir – an der Frage, wie teuer es tatsächlich ist, einen Flüchtling zu versorgen, die Zähne ausgebissen. Thöne arbeitet beim finanzwissenschaftlichen Forschungsinstitut in Köln und ist Berater des Bundesfinanzministeriums. Auch ihm konnten die Kommunen keine Daten liefern. Auch er musste am Ende schätzen. Sein Ergebnis, das er in einer Studie der Robert-Bosch-Stiftung veröffentlichte: 939 Euro pro Monat und Flüchtling. "Eine grobe Annäherung", sagt er, fast entschuldigend. Und nennt die Lage "unbefriedigend".

Aus seiner Sicht gäbe es nur einen, der dafür sorgen könnte, dass es endlich Antworten gibt auf Fragen, die so simpel klingen wie die unsere: Der Bund müsse die Länder verpflichten, die tatsächlichen Kosten der Flüchtlingsunterbringung in eine zentrale Datenbank einzuspeisen. Der Bund könne das als Gegenleistung durchaus erwarten, sagt Thöne, schließlich zahle er Geld – 670 Euro pro Flüchtling und Monat.

Die Länder wollen nun aber noch viel mehr. Ende April reisten die Vertreter der Bundesländer mit einer Zahl nach Berlin, die sie als tatsächliche Gesamtkosten der Flüchtlingsversorgung im Jahr 2015 präsentierten: 20,9 Milliarden Euro. Davon solle der Bund mindestens die Hälfte übernehmen. Errechnet hat die Summe eine Arbeitsgruppe zur "Verbesserung der Datentransparenz zur Bestimmung der finanziellen Auswirkungen der Flüchtlingssituation auf die öffentlichen Haushalte". Der Name ist sperrig. Aber er macht uns – nach einem halben Jahr der Recherche – noch einmal Hoffnung. Weiß diese Arbeitsgruppe eine Antwort auf unsere Frage? Wir verschaffen uns Einsicht in den vertraulichen Bericht. Und werden enttäuscht. Auch dort gibt es wieder nur eine Schätzung. Addiert werden die Beträge, die in den Haushalten der Länder eingeplant sind, das sagt aber wenig über die tatsächlichen Ausgaben der einzelnen Städte pro Flüchtling. In dem Bericht heißt es: "Eine vollständige Darstellung der in den Kommunen veranschlagten Kosten ist aufgrund der Vielzahl unterschiedlicher Ansätze und der Notwendigkeit langwieriger Erhebungen in dem vorgegebenen Zeitrahmen nicht möglich."

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Also: keine exakte Ausgabenerfassung, nirgends. In dieser Woche wollen die Finanzminister der Länder dem Bund eine neue Kostenaufstellung präsentieren.

Bis 31. Mai wollen sie sich einigen. Worauf? Vielleicht ja auf einen Betrag irgendwo in der Mitte. So ganz grob geschätzt.

Neben dem Text war online eine Deutschlandkarte zentral, die die Kosten für die Unterbringung pro Flüchtling für jeden Landkreis und jede kreisfreie Stadt abbildet - zumindest dort wo wir es erfahren, erklagen oder durch Einsicht in Verträge oder parlamentarische Anfragen abbilden konnten. Denn die Antwort vieler Landkreise und Städte war auf unsere Frage der Kosten: Das sei geheim. Unsere Recherche zeigte, dass dieses Thema nicht nur geprägt ist von Intransparenz, sondern viele Kommunen tatsächlich nicht wissen, was sie genau ausgeben. Gleichzeitig wird aber lautstark mehr Geld für die Unterbringung gefordert.

Die Deutschlandkarte finden Sie online, unter anderem hier:

<https://correctiv.org/recherchen/flucht/artikel/2016/05/13/fluechtlingsheime-von-teuer-bis-guenstig/>

Hier sehen Sie die Grafik, die die Zeit für die Print-Ausgabe gebaut hat, die auch online erschien:

<https://correctiv.org/recherchen/flucht/artikel/2016/05/12/was-kosten-fluechtlingsheime/>

Das Leak

Aus einer anonymen Nachricht an die Süddeutsche Zeitung wurde eine weltweite Recherche: Die Panama Papers bringen Hunderte Politiker, Prominente und Superreiche in Erklärungsnot. 400 Journalisten aus rund 80 Ländern arbeiteten ein Jahr lang zusammen – unter größter Geheimhaltung

Katrin Langhans, Hannes Munzinger, Frederik Obermaier, Bastian Obermayer, Mauritius Much und Vanessa Wormer, zusammen mit dem Internationalen Konsortium für Investigative Journalisten (ICIJ), Süddeutsche Zeitung, 04.04.2016

Hallo. Hier spricht John Doe.

Interessiert an Daten? Ich teile gern.

Diese Sätze schrieb eine anonyme Quelle an die Süddeutsche Zeitung, vor weit über einem Jahr. Auf die erste Nachricht folgten weitere – und bald die angekündigten Daten: interne, brisante Unterlagen aus der panamaischen Anwaltskanzlei Mossack Fonseca. Ein Unternehmen, das aus Dutzenden Büros rund um die Welt Briefkastenfirmen verkauft, mit deren Hilfe sich fast jedes Geschäft verschleiern lässt. Auch die schmutzigen.

Bei ein paar Unterlagen blieb es nicht, die Datenmenge wuchs über die Monate an, bis am Ende rund 2,6 Terabyte im Besitz der SZ waren. Es ist das größte Datenleak, das Journalisten je überlassen wurde. Die Daten umfassen mehr als elf Millionen Dokumente – manche nicht älter als ein paar Wochen. Sie zeigen, wie die globale Offshore-Industrie im Verbund mit großen Banken, Anwaltskanzleien und Vermögensverwaltern sehr verschwiegen die Besitztümer von Politikern oder Fifa-Funktionären, Betrügern oder Drogenschmugglern, Milliardären oder weltbekannten Sport-Stars verwaltet. Der spektakulärste Teil des Leaks sind Briefkastenfirmen von zwölf aktuellen und früheren Staatschefs – sowie Spuren zu den Familien, engen

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Freunden oder Beratern von etwa 60 weiteren. Daneben finden sich rund 130 Politiker aus der ganzen Welt unter den Kunden der Kanzlei, auch Minister.

Bei der Süddeutschen Zeitung beschäftigte sich ein Team über mehr als ein Jahr hinweg intensiv mit den Panama Papers. Reporter und Datenspezialisten überprüften die Authentizität der geleakten Dokumente auf vielfache Weise, glichen sie mit öffentlichen Registern, Zeugenaussagen und Gerichtsurteilen ab und sprachen mit Hunderten Personen, deren Namen in den Dokumenten auftauchen, sowie mit Steuerexperten, Anwälten und Behörden.

Die Süddeutsche Zeitung hat sich zudem frühzeitig entschieden, den Datenberg gemeinsam mit dem Internationalen Konsortium für Investigative Journalisten (ICIJ) auszuwerten, um weltweit möglichst viele Geschichten recherchieren zu können. Das ICIJ hatte zuvor bereits die Recherchen an Projekten wie Offshore-Leaks, Lux-Leaks und Swiss-Leaks koordiniert; an diesen Recherchen hatte sich auch die SZ beteiligt.

Das ICIJ, gegründet 1997, ist ein internationaler Verein für investigative Journalisten. Ihm gehören weltweit etwa 200 Journalisten an, darunter vier Reporter der Süddeutschen Zeitung. Das ICIJ gehört zum Center for Public Integrity (CPI), einer US-amerikanischen Non-Profit-Organisation für Investigativjournalismus. CPI und ICIJ werden aus Spendengeldern finanziert, in jüngster Zeit unter anderem von Stiftungen aus Australien, Großbritannien, den Niederlanden und den USA, darunter die Ford Foundation, die Adessium Foundation, die von George Soros gegründete Open Society Foundation; außerdem durch das Pulitzer Center of Crisis Reporting.

Die Recherche zu den Panama Papers ist die größte grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Journalisten, die es je gab: 400 Reporter von mehr als 100 Medienorganisationen aus rund 80 Ländern durchforsteten unter Geheimhaltung die Daten, darunter Teams des Guardian, der BBC, von Le Monde oder La Nación aus Argentinien und Journalisten aus Russland. In Deutschland recherchierten Reporter von SZ, NDR und WDR, in der Schweiz die Sonntagszeitung, in Österreich das Wochenmagazin Falter und der ORF. Die Ergebnisse der Recherchen werden in 20 Sprachen veröffentlicht.

Ausgangspunkt der Recherche sind die Daten von Mossack Fonseca, kurz Mossfon. Die Kanzlei aus Panama, deren Vorläufer vor fast 40 Jahren von dem Deutschen Jürgen Mossack gegründet wurde, ist einer der Marktführer im weltweiten Offshore-Geschäft.

Das Prinzip dabei ist einfach: Für oft nur 1000 Dollar bekommt man eine anonyme Firma. Gegen Aufpreis stattet Mossfon diese Firma mit sogenannten Scheindirektoren aus, hinter denen die wahren Inhaber nicht auftauchen müssen. Nach außen ist die Firma eine Black Box, niemand sieht, was drinnen vorgeht. Mossfon hat Hunderttausende solche Firmen gegründet, verkauft und verwaltet, in Panama, auf den Britischen Jungferninseln, den Seychellen oder in anderen Steueroasen.

In den Panama Papers finden sich Daten zu etwa 214000 dieser Firmen, gegründet zwischen 1977 und 2015. Bereits vor gut zwei Jahren hatte ein Whistleblower deutschen Behörden interne Daten der Kanzlei Mossack Fonseca verkauft, dieser Datensatz betraf jedoch nur einige Hundert Firmen. Deutsche Fahnder durchsuchten daraufhin im vergangenen Jahr die Wohnungen und Büros von etwa 100 Personen. In der Folge erklärten sich die Commerzbank, die HSH Nordbank sowie die Hypovereinsbank wegen der über Mossfon abgewickelten Geschäfte zu Strafzahlungen in Millionenhöhe bereit. Mittlerweile haben auch andere Länder Daten des Whistleblowers erworben, etwa die USA, Großbritannien und Island.

Bei den Panama Papers handelt es sich um E-Mails, PDFs und Fotodateien sowie Auszüge aus einer internen Datenbank von Mossack Fonseca. Die Daten reichen von den 1970er-Jahren bis ins Frühjahr 2016. Für jede Briefkastenfirma hat sich Mossack Fonseca einen Arbeitsordner angelegt. Darin befinden sich E-Mails, Verträge, Abschriften, eingescannte Dokumente – manchmal mehrere Tausend Seiten.

Um den Berg an Dokumenten überhaupt durchsuchen zu können, mussten die Dateien zuerst systematisch erfasst werden. Auf hochleistungsfähigen Rechnern brachten die Süddeutsche Zeitung und das ICIJ die Dokumente in eine maschinenlesbare und vor allem leicht durchsuchbare Form. Dieser Prozess nennt sich optical character recognition, optische Zeichenerkennung. Aus Bildern – eingescannten Ausweisen, unterschriebenen Verträgen – wurden recherchierbare Texte. Dieser Schritt war wichtig, damit man die Daten über eine einfache Suchmaske

durchforsten konnte. Durch die digitale Aufbereitung ist es zudem möglich, die Daten mit Namen von Personen oder Firmen abzugleichen, auch mit einer größeren Liste von Namen.

Allein der Besitz von Offshore-Firmen ist nicht illegal. Es gibt sogar Geschäfte, für die diese Konstruktion als logische Wahl erscheint. Aber Briefkastenfirmen, erklärt Igor Angelini, Chef der Finanzermittlungseinheit von Europol, der europäischen Polizeibehörde, spielen auch eine „wichtige Rolle bei Geldwäsche-Aktivitäten im großen Maßstab“. Gleiches gelte für Korruption: Offshore-Firmen würden besonders genutzt, „um die Bestechungsgelder weiterzuleiten“. Experten der Weltbank und der Vereinten Nationen haben vor einigen Jahren 213 Korruptionsfälle untersucht, die weltweit vor Gericht landeten. In 150 Fällen wurde durch mindestens eine Briefkastenfirma das Vermögen der Eigentümer verschleiert. Dabei ging es um insgesamt 56,4 Milliarden US-Dollar.

Der UN-Sanktionsexperte Hans-Jakob Schindler sieht eine ähnliche Problematik in der internationalen Terrorbekämpfung. Er sagt, „so ziemlich jede ernstzunehmende Terrorgruppe“ der vergangenen Jahre habe „Briefkastenfirmen oder ähnliche Konstrukte genutzt“. Auch in den Panama-Papers finden sich Personen, die der Terrorfinanzierung verdächtigt werden.

Seit Jahren gibt es deswegen politische Initiativen zur Austrocknung von Steueroasen und für mehr Transparenz. Zur internationalen Allianz gegen das Offshore-System gehören die Vereinten Nationen, die Europäische Union und die OECD. Deren Anstrengungen führten auch immer wieder zu Gesetzesänderungen – die aber die Offshore-Branche kaum beeinträchtigten.

Tatsächlich sind ausweislich der Panama Papers unter den Mossfon-Kunden Mitglieder diverser Mafia-Banden, Geldwäscher, Betrüger, Drogenhändler oder Waffenschieber. Außerdem stößt man auf Spuren zu Dutzenden internationalen Bestechungsskandalen, etwa zur Affäre um schwarze Kassen bei Siemens, aber auch zum Fifa-Korruptionsskandal.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

In den geleakten Dokumenten finden sich auch Personen und Firmen, die von der US-Regierung und der EU sanktioniert worden sind, weil sie etwa mit Terrororganisationen oder Regimen wie in Nordkorea, Iran oder Syrien Geschäfte gemacht haben. Andere Firmen gehörten den Daten zufolge dem iranischen Staat und wurden offenbar für weltweite Ölgeschäfte genutzt – mutmaßlich unter Umgehung der damals bestehenden Sanktionen. Als ein Mossack-Fonsecas-Mitarbeiter von einem Kollegen aus London wissen wollte, wer letzten Endes Eigentümer dieser Firmen sei, antwortete dieser per Mail: „Das wäre dann Mahmud Ahmadinedschad“ – der damalige iranische Staatspräsident.

Mossack Fonseca erklärte auf Anfrage, die Kanzlei unterstütze keine illegalen Aktivitäten. Seit Bestehen der Kanzlei sei die Firma niemals in strafrechtlicher Hinsicht angeklagt worden. Außerdem prüfe sie ihre Kunden, bevor sie Geschäftsbeziehungen eingehen. Mossack Fonseca habe niemals wissentlich Personen mit Verbindung nach Nordkorea, Simbabwe, Syrien oder anderen sanktionierten Staaten erlaubt, ihre Firmen zu nutzen. Sei es dennoch dazu gekommen, habe man die ihrer Meinung nach passenden Maßnahmen ergriffen.

Die Panama Papers zeigen auch, welche Rolle Offshore-Firmen in der Welt der Superreichen spielen: Hunderte Millionäre und Milliardäre horten ihr Vermögen in Steueroasen-Konstruktionen, die von Mossack Fonseca stammen, darunter 29 Personen, die auf der Forbes-Liste der 500 reichsten Menschen der Welt genannt werden. Sie schützen ihren Besitz oft nicht nur vor neugierigen Blicken der Öffentlichkeit, sondern wohl auch vor Gesetzen und Steuern – unterstützt von Vermögensverwaltern und nahezu allen großen Banken.

Die Süddeutsche Zeitung wird über die Panama Papers in den nächsten Tagen und Wochen berichten: in der gedruckten und digitalen Ausgabe ebenso wie auf SZ.de. Außerdem finden sich weiterführende Informationen, Videos, interaktive Grafiken und ein ausführliches Glossar unter www.panamapapers.de.

Die wichtigsten einzelnen Geschichten:

Das sind die Panama Papers

<http://panamapapers.sueddeutsche.de/articles/56ff9a28a1bb8d3c3495ae13/>

Spuren in die Staatsspitze – Präsidenten, Premierminister und Könige: Die Panama Papers enthüllen, wie Politiker in der Offshore-Welt Geschäfte verschleiern

<http://panamapapers.sueddeutsche.de/articles/57003a73a1bb8d3c3495affd/>

Im Schatten-Kabinett (Island)

<http://panamapapers.sueddeutsche.de/articles/56effdd72f17ab0f205e6387/>

Islands Premier Gunnlaugsson kündigt Rücktritt an

<http://www.sueddeutsche.de/politik/panama-papers-islands-premier-gunnlaugsson-kuendigt-ruecktritt-an-1.2936423>

Island: Premier Gunnlaugssons kurioses Aufgeben

<http://www.sueddeutsche.de/politik/panama-papers-island-premier-gunnlaugssons-kurioser-abgang-1.2938376>

Putins beste Freunde (Russland)

<http://panamapapers.sueddeutsche.de/articles/56eff9f22f17ab0f205e636a/>

Das Netzwerk – Putin und seine engsten Zirkel

<http://panamapapers.sueddeutsche.de/articles/56fe71aaa1bb8d3c3495ac71/>

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

„Die Indizien sind eindeutig“

<http://www.sueddeutsche.de/politik/panama-papers-und-putin-die-indizien-sind-eindeutig-1.2950671>

Putin, Panama und die SZ

<http://www.sueddeutsche.de/politik/russland-putin-panama-und-die-sz-1.2949227>

Putins Propaganda

<http://www.sueddeutsche.de/politik/panama-papers-putins-propaganda-1.2951073>

Putin-Sprecher entschuldigt sich bei SZ

<http://www.sueddeutsche.de/politik/panama-papers-putin-sprecher-entschuldigt-sich-bei-sz-1.2951244>

Poroschenkos Feldpost (Ukraine)

<http://www.sueddeutsche.de/politik/panama-papers-poroschenkos-feldpost-1.2933052>

Im Reich der Offshore-Könige (Kuwait, Saudi-Arabien, Katar, Naher Osten)

<http://panamapapers.sueddeutsche.de/articles/573444575632a39742ed3839/>

Liebe zu Briefkastenfirmen eint zwei ehrenwerte Familien (Pakistan)

<http://www.sueddeutsche.de/politik/pakistan-liebe-zu-briefkastenfirmen-eint-zwei-ehrenwerte-familien-1.2951912>

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Gefährliche Nähe (Türkei)

<http://www.sueddeutsche.de/politik/panama-papers-gefaehrliche-naehe-1.3063471>

Die Prinzlinge (China)

<http://panamapapers.sueddeutsche.de/articles/57050fd1a1bb8d3c3495b7b1/>

Kundschaft aus Pjöngjang (Nordkorea)

<http://panamapapers.sueddeutsche.de/articles/57050faca1bb8d3c3495b7ad/>

Auf den Spuren von M-Geld und K-Geld (Argentinien)

<http://www.sueddeutsche.de/politik/lateinamerika-auf-den-spuren-von-m-geld-und-k-geld-1.2954970>

So reagiert Argentinien's Präsident

<http://www.sueddeutsche.de/politik/panama-papers-so-reagiert-argentinien-staatspraesident-1.2934422>

Der verlorene Schatz (Libyen/Gaddafi)

<http://panamapapers.sueddeutsche.de/articles/5730a1005632a39742ed35dd/>

Briefkastenfirmen helfen bei Assads Krieg (Syrien)

<http://www.sueddeutsche.de/politik/panama-papers-briefkastenfirmen-helfen-bei-assads-krieg-1.2935675>

Panama Papers: Spanischer Minister tritt zurück (Spanien)

<http://www.sueddeutsche.de/politik/jose-manuel-soria-panama-papers-spanischer-minister-tritt-zurueck-1.2950855>

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Vater von Premier Cameron half Investoren beim Steuersparen auf den Bahamas
(Großbritannien)

<http://www.sueddeutsche.de/politik/panama-papers-wie-david-camerons-verstorbener-vater-in-die-ffaere-verwickelt-ist-1.2934247>

David Cameron veröffentlicht Steuerunterlagen

<http://www.sueddeutsche.de/politik/panama-papers-david-cameron-veroeffentlicht-steuerunterlagen-1.2942325>

Rote Kleptomanen (Venezuela)

<http://www.sueddeutsche.de/politik/venezuela-rote-kleptomanen-1.2939191>

Die Witwe und der Weihnachtsmann (Guinea)

<http://www.sueddeutsche.de/politik/panama-papers-die-witwe-und-der-weihnachtsmann-1.3008446>

Der Glanz von Baku (Aserbaidshan)

<http://www.sueddeutsche.de/politik/aserbaidshan-der-glanz-von-baku-1.2945252>

Das zweite Island: Malta und die Panama Papers

<http://www.sueddeutsche.de/politik/malta-das-zweite-island-1.2944355>

Panama Papers: Der Fall Iran

<http://www.sueddeutsche.de/politik/iran-doppelter-standard-1.2935547>

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Die Panama Papers in aller Welt – Rücktritte, Ermittlungen, Reaktionen: Die Auswirkungen der SZ-Enthüllungen

<http://panamapapers.sueddeutsche.de/articles/56d6c8af595105a203b58bb3/>

Panama Papers - das Manifest von John Doe

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/panama-papers-das-manifest-von-john-doe-1.2982442>

Die Firma (Mossack Fonseca)

<http://panamapapers.sueddeutsche.de/articles/56f2c00da1bb8d3c3495aa0a/>

Panama Papers: Razzia in der Zentrale von Mossack Fonseca

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/panama-papers-panama-papers-razzia-in-der-zentrale-von-mossack-fonseca-1.2947142>

Geschredderte Dokumente bei Mossack Fonseca gefunden

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/panama-papers-geschredderte-dokumente-bei-mossack-fonseca-gefunden-1.2963571>

Razzia bei Mossack Fonseca <http://www.sueddeutsche.de/politik/panama-papers-razzia-bei-mossack-fonseca-in-el-salvador-1.2932195>

Mossack Fonseca schließt Büros in Steuerparadiesen

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/panama-papers-mossack-fonseca-schliesst-bueros-in-steuerparadiesen-1.3009722>

Eine Briefkastenfirma bitte – wie deutsche Banken gerne halfen

<http://panamapapers.sueddeutsche.de/articles/56effb802f17ab0f205e6370/>

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Das Phantom (Werner Mauss)

<http://www.sueddeutsche.de/politik/werner-mauss-das-phantom-1.3118683>

Das Phantom Werner Mauss kommt vor Gericht

<http://www.sueddeutsche.de/politik/justiz-das-phantom-werner-mauss-kommt-vor-gericht-1.3145132>

Nico Rosberg, der Vertrag mit Mercedes und die Offshore-Firma

<http://www.sueddeutsche.de/sport/panama-papers-nico-rosberg-der-vertrag-mit-mercedes-und-die-offshore-firma-1.2936517>

Goldener Schein – Die schwarzen Kassen, die Siemens-Mitarbeiter angelegt hatten, existierten länger, als bislang gedacht - allerdings nicht zum Wohle des Konzerns. Offenbar haben einstige Manager sie Jahre später für private Zwecke genutzt <http://www.sueddeutsche.de/politik/panama-papers-goldener-schein-1.2933840>

Ex-Siemens-Vorstand: teure Umwege

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/ex-siemens-vorstand-teure-umwege-1.2964040>

„Inseln werden romantisch verklärt“

<http://www.sueddeutsche.de/politik/panama-papers-inseln-werden-romantisch-verklaert-1.2933847>

Der kleine Kaiser (Messi)

<http://www.sueddeutsche.de/sport/lionel-messi-der-kleine-kaiser-1.2931721>

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Messi, Forlan, Cole, Heinze, Korkut - die vielen Spieler des 1. FC Offshore

<http://www.sueddeutsche.de/sport/panama-papers-fc-offshore-1.2982394>

Doppeltes Spiel (FIFA-Ethiker Damiani)

<http://panamapapers.sueddeutsche.de/articles/56effd032f17ab0f205e637c/>

Panama Papers: Fifa-Ethiker Damiani tritt zurück

<http://www.sueddeutsche.de/sport/panama-papers-panama-papers-fifa-ethiker-damiani-tritt-zurueck-1.2937948>

Panama Papers bringen neuen Fifa-Chef Infantino in Erklärungsnot

<http://www.sueddeutsche.de/sport/panama-papers-panama-papers-bringen-neuen-fifa-chef-infantino-in-erklaerungsnot-1.2933216>

Razzia bei der Uefa wegen Panama Papers

<http://www.sueddeutsche.de/sport/panama-papers-razzia-bei-der-uefa-wegen-panama-papers-1.2938253>

Panama Papers – mein Haus, meine Yacht, mein Briefkasten – auch Superreiche sind nur Menschen: Mehr als das Finanzamt fürchten sie nur die Ehefrau - im Scheidungsfall

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/panama-papers-panama-papers-mein-haus-meine-yacht-mein-briefkasten-1.2935677>

Panama Papers: "Wir fürchten um das Leben unserer Reporter"

<http://www.sueddeutsche.de/medien/panama-papers-wir-fuerchten-um-das-leben-unserer-reporter-1.2953809>

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Agenten nutzten Panama-Firmen für CIA

<http://www.sueddeutsche.de/politik/panama-papers-agenten-nutzten-panama-firmen-fuer-cia-1.2945241>

Krieg und Öl: Wie Söldner Briefkastenfirmen nutzen

<http://www.sueddeutsche.de/politik/panama-papers-krieg-und-oel-wie-soeldner-briefkastenfirmen-nutzen-1.2947473>

Mossack Fonseca behielt pädophilen Sexualverbrecher als Kunden

<http://www.sueddeutsche.de/panorama/panama-papers-mossack-fonseca-behielt-paedophilen-sex-verbrecher-als-kunden-1.2945238>

Panama Painting

<http://panamapapers.sueddeutsche.de/articles/5707cc2ca1bb8d3c3495b932/>

Panama Papers – Schäuble will deutsche Steuergesetze massiv verschärfen

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/panama-papers-schaeuble-will-deutsche-steuergesetze-massiv-verschaerfen-1.2970467>

US-Behörden ermitteln wegen Panama Papers

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/panama-papers-us-behoerden-ermitteln-wegen-panama-papers-1.2957790>

Untersuchungsausschuss zu Panama Papers kommt

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/panama-papers-untersuchungsausschuss-zu-panama-papers-kommt-1.2945831>

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Panama beugt sich dem internationalen Druck

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/panama-papers-panama-beugt-sich-dem-internationalen-druck-1.2956502>

Die Überblicksseite mit den vielen Geschichten und interaktivem Material sowie Videos:

<http://panamapapers.sueddeutsche.de/>

Eine Sammlung der wichtigsten Panama-Papers-Geschichten auf Englisch:

<http://panamapapers.sueddeutsche.de/en/>

Einordnungen/Berichte:

New York Times: How a Cryptic Message, ‘Interested in Data?’, Led to the Panama Papers

<http://www.nytimes.com/2016/04/06/business/media/how-a-cryptic-message-interested-in-data-led-to-the-panama-papers.html>

Washington Post: ‘Hello. This is John Doe’: The mysterious message that launched the Panama Papers

https://www.washingtonpost.com/lifestyle/style/hello-this-is-john-doe-the-mysterious-message-that-launched-the-panama-papers/2016/04/06/59305838-fc0c-11e5-886f-a037dba38301_story.html

New Yorker: The Panama Papers and the Monster Stories of the Future

<http://www.newyorker.com/news/news-desk/the-panama-papers-and-the-monster-stories-of-the-future>

Der Fanclub

Gesteuerte PR oder wahre Verehrung? Wie der umstrittene Unternehmer Carsten Maschmeyer in Online-Foren bejubelt wird

Von Sonja Alvarez, Der Tagesspiegel, 24. 04. 2016

Berlin - Es läuft gerade richtig gut für Carsten Maschmeyer. Mit seinem neuen Buch "Die Millionärsformel" hat er einen Bestseller geschrieben, er ist neuer Juror in der beliebten Vox-Gründershow "Die Höhle der Löwen", im Netz wird er dafür in vielen Foren und Kommentarspalten bejubelt. Es läuft auffallend gut für den umstrittenen Unternehmer. Vielleicht zu auffallend?

Wer sich die Berichterstattung über Maschmeyer genauer ansieht, dem fallen Unregelmäßigkeiten auf. Nicht in den Texten selbst, sondern in den Kommentaren, die unter den Artikeln erscheinen. Wird Maschmeyer dort von Lesern kritisiert, melden sich plötzlich vermeintliche Fans zu Wort. Sie verteidigen den Unternehmer, schwärmen von seinen vermeintlichen Leistungen, sie betonen, was für ein toller Mensch er angeblich ist. Immer wieder fallen dieselben vermeintlichen Fans auf, die sich so äußern - und sie stimmen ihre Jubelarien nicht nur unter den Berichten über Maschmeyer an. Sondern sie werden auch aktiv, wenn es um seine Frau, Schauspielerin Veronica Ferres, geht, und um seinen guten Freund, Fußballtrainer Mirko Slomka.

Dass man sich seinen guten Ruf erarbeiten muss, gilt heute nur noch bedingt. Mit nur wenigen Klicks kann man sich im Netz Fans und Likes kaufen, Agenturen wie "Fanslave" bieten schon für 89 Euro "1000 echte Fans" an. Die feinere Art der Rufoptimierung nennt sich Reputationsmanagement. Spezialisierte Agenturen überwachen und beeinflussen das Bild einer Person oder eines Unternehmens in der Öffentlichkeit. Per Suchanfrage kontrollieren sie jeden Beitrag, der bei Google und Co. über ihren Mandaten erscheint. Bei negativen oder unrichtigen Angaben wird

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

versucht gegenzusteuern. Eine mögliche Methode: Mit Fake-Profilen Beiträge in sozialen Medien oder Online-Foren zu veröffentlichen, um das jeweils gewünschte Bild zu verbreiten - und damit die öffentliche Meinung in gewisser Weise zu manipulieren. Doch woher kommt der Verdacht, dass Maschmeyer, Ferres und Slomka sich solcher Mittel bedienen könnten?

Carsten Maschmeyer, 56, wird mit dem Ruf des "Drückerkönigs" (NDR) verbunden. Tausende Anleger haben mit dem von ihm gegründeten Finanzdienstleister AWD einen Teil ihrer Ersparnisse verloren. 2008 hat Maschmeyer AWD für rund 1,2 Milliarden Euro an die Swiss Life verkauft, heute ist er als Investor tätig. Dabei gibt es auch negative Schlagzeilen, wie kürzlich über seine Investitionen in die dubiosen Cum-Ex-Fonds der Sarasin-Bank, in die auch seine Frau Veronica Ferres, 50, und sein Freund Mirko Slomka, 48, investiert hatten.

Diesen Ruf machen Leser zum Thema, als Maschmeyer dem Tagesspiegel vor zwei Wochen ein Interview gibt über seine Rolle als Start-up-Investor und TV-Juror. "Von dem würde ich keinen Euro annehmen", schreibt ein Nutzer in der Kommentarspalte auf Tagesspiegel.de. "Wenn er was für sein Image tun will ... könnte er doch beispielsweise jährlich 100 lebenslange Partnerschaften für prekäre Rentner verlosen", spielt ein anderer Leser auf die AWD an - doch auf diese negativen Bemerkungen folgt plötzlich ein regelrechter Sturm positiver Kommentare. Und zwar genau so viele, bis alle negativen Bemerkungen nach hinten verdrängt sind. Wer nur schnell über die Kommentare fliegt, ist deshalb beeindruckt von so viel Zuspruch für den umstrittenen Unternehmer.

"Super Einstellung", schreibt einer der vermeintlichen Fans. Maschmeyer sei jemand, der "langfristig denkt und investiert. Er will start ups wirklich unterstützen und das nicht nur mit Geld". "Was besseres kann man sich doch als junger Unternehmer nicht wünschen", erklärt ein anderer. "Weiter so, Herr Maschmeyer", wünscht sich ein weiterer Nutzer. Auch Maschmeyers Buch "Die Millionärsformel" wird gelobt: "Maschmeyer hat mit seinem Buch meiner Enkelin die Augen geöffnet, DASS und WIE man sparen muss, wenn man nicht irgendwann in die Luft gucken will."

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

14 der 23 Kommentare sind in diesem Stil verfasst. Keiner der Nutzer hat zuvor einen Text auf Tagesspiegel.de kommentiert, alle haben sich kurz nach Erscheinen des Interviews in der Community registriert, noch dazu, sehr unüblich, mit einem vermeintlichen Klarnamen und zugehöriger E-Mail-Adresse. Es sind Namen, wie sie sich Rosamunde Pilcher nicht schöner hätte ausdenken können: Kristina Larsson, Caroline Weysenhoff, Cathy Kleemann, Marie Storz. Andere der vermeintlichen Fans heißen dagegen bodenständig Manfred Bauer, Stefan Szabo, Dennis Goldmann, Karin Frauert, Marcus Kraft.

Offensichtliche Fake-Beiträge werden von der Community-Redaktion des Tagesspiegels normalerweise nicht veröffentlicht. Schließlich sollen sich Leser offen austauschen können und nicht mit Nutzern diskutieren, die es gar nicht gibt - oder die ein Meinungsbild gar manipulieren wollen. Doch ein so orchestriert wirkendes Vorgehen wie nach dem Maschmeyer-Interview gab es auf Tagesspiegel.de bisher nicht, weshalb es Anlass zur Recherche ist. Sie zeigt: Solche Jubelarien auf Maschmeyer sind kein Einzelfall. Und sie sind ebenso zu finden unter Texten über Ferres und Slomka, verfasst von denselben vermeintlichen Fans. Mindestens 30 Mitglieder zählt der Fanclub. Nachzulesen sind ihre Beiträge in den Kommentarspalten zahlreicher Medien wie Bild.de, Welt.de, Focus.de, Sport1.de, Blick.ch, Gründerszene.de, DasInvestment.com, Finanzen.net und MyHeimat.de.

Beispiel Slomka. Als Sport 1 am 6. April 2016 einen Text darüber veröffentlicht, dass Hannover-96-Präsident Martin Kind Gespräche mit Slomka führt, gibt es im Online-Forum zunächst negative Kommentare von Lesern: "Slomka? Das wäre der nächste große Fehler von Kind!", "damit legt er sich doch nur selbst ein Ei ins Nest", "alter Wein in neuen Flaschen? Meist unbekömmlich bzw. funktioniert selten".

Plötzlich mischt sich wieder der Fanclub ein. "Die Stadt und der Verein hätten es verdient, wenn der erfolgreichste und sympathischste Trainer wieder zurückkäme!", meint Marcus Kraft. "Zugreifen bei Slomka. Wer soll es denn sonst machen?", erklärt Stephan-Alexander von Wiese. "Slomka ist einfach der beste Trainer, der momentan zu haben ist", schreibt Peter Charpentier. "Wäre schön, wenn er wieder zurückkommt", teilt Sinja Marschalke mit. "Ich sage: Keine Experimente und Slomka eine Chance geben", betont Deniz Meyer. Die negativen Kommentare? Sind nur noch

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

nach viel scrollen zu finden, mindestens zwölf der 28 Kommentare kommen vom Fanclub.

Über ihre Facebook-Profile können sich Nutzer in vielen Communities anmelden. Doch wer die Profile der vermeintlichen Maschmeyer-Ferres-Slomka-Fans anschaut, findet oft keine oder wenig Aktivität, die meisten Profile wurden Ende Januar, Anfang Februar angelegt, als auch Maschmeyers Buch "Die Millionärsformel" erschienen ist. Zufall?

"Die Millionärsformel" hat auf Facebook wiederum eine eigene Fanpage, im Impressum der Seite steht die Hannoveraner Maschmeyer Group. Hier liken und kommentieren die vermeintlichen Fans Beiträge. Wer jedoch ihre Namen und Fotos in Suchmaschinen wie Google sucht, findet keine weiteren Treffer. Das ist ungewöhnlich in einer Zeit, in der Menschen zahlreiche digitale Spuren hinterlassen.

Zwei Ausnahmen gibt es - und sie weisen deutlich auf Fake-Profile hin: Für das Profil von Kristina Larsson wurde ein Foto des polnischen Modells Aneta Bykowsk verwendet. Ihr Fotograf Piotr Widerynski teilt auf Anfrage mit, keine Kristina Larsson zu kennen und das Bild nicht für ein solches Profil verwendet zu haben. Beim Abgleich des Fotos von Sinja Marschalke findet sich das gleiche Bild auf Youtube, dieses Mal heißt die Nutzerin jedoch Wanja Kutsarova und kommt aus Bulgarien.

Angeblich aber sind Larsson und Marschalke große Fans von Ferres: "Ich hab schon so viel Gutes über das ‚Superweib‘ gehört", schreibt Larsson am 2. März auf Ferres' offizieller Facebook- Seite, auf der am 1. März für eine Wiederholung des Films "Das Superweib" im Ersten geworben wird. Auch Marschalke ist begeistert: "War schön, den Film mal wieder zu sehen. Ich finde sowie, dass Öff-Rechtl. Sender mehr deutsche Filme bringen sollten." Auch Manfred Bauer, Marie Storz und Co. bejubeln die Schauspielerin.

Noch größer ist die Euphorie unter einem Beitrag auf Bild.de, in dem vor einem Monat über Ferres' neuen Film mit Robert De Niro berichtet wird. "Super - freue mich total, dass man Veronica mal in einer Komödie sieht! Das ist für uns auch mal schön, nicht immer nur diese ganz ‚jungen Dinger‘ zu sehen, sondern ‚echte‘ Frauen mit Klasse!!!", lobt Manfred Bauer. Mareike Suhr schwärmt: "Die Frau ist enorm

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

wandelbar. Mir scheint auch, dass sie vor allem mit älteren Herren aus dem Filmbusiness gut zurecht kommt." Deniz Meyer fantasiert: "Stellen Sie sich mal Ferres bspw. in House of Cards vor. Das wäre was!" Graf Taunus jubelt: "Endlich hat nach Christoph Waltz mit Veronica Ferres wieder eine Deutsche so viel Erfolg in Hollywood!", "Endlich bekommt meine Vroni den Fame, den sie verdient. Glückwunsch!", teilt Sinja Marschalke mit.

Zuvor hatten andere Nutzer über Ferres gelästert als "wenig respektable Frau", "warum gerade die?", "bei der wird mir immer speiübel" - das konnte der Fanclub offensichtlich nicht stehen lassen. Mindestens 23 der 89 Kommentare kommen aus seiner Runde.

Auch zu Maschmeyer sind zahlreiche solcher Beispiele zu finden. Als die "Welt" ihn am 10. Februar zur "Millionärsformel" interviewt, verteidigen ihn die Fans im Forum. "Verstehe gar nicht, wo bei einigen Leuten hier das Problem liegt. Der Typ gibt echt einleuchtende Tips", schreibt Dennis Goldmann. " Ich finde Maschmeyers Gedanken über die finanzielle Unabhängigkeit sehr reizvoll", stimmt Deniz Meyer zu. Als die "Rhein- Neckar-Zeitung" am 16. Februar über die Klage von MLP gegen Maschmeyer berichtet, sind die Reputationsretter ebenfalls im Einsatz. "Und wieder einmal war MLP ganz offensichtlich im Unrecht und versucht die Wahrheit zu verdrehen. ist ja nicht das erste mal", kommentierte Florian Brauer. Er könne "eine neutrale Position der Redaktion zu einem offenen Verfahren nicht erkennen", kritisiert Deniz Meyer die "RNZ" .

Auch Maschmeyers umstrittenen AWD-Geschäften geben die Fans einen ganz eigenen Dreh. Als die " Gründerszene" am 18. Januar fragt, ob Maschmeyer ein guter Investor ist, mischt sich in der Kommentarspalte wieder einmal Sinja Marschalke ein: "Verstehe ich was falsch? Hat der nicht mit AWD sehr erfolgreich gearbeitet? Warum fragt man dann jetzt, ob er ein guter Investor ist?". Als Focus.de am 10. Februar über ein Interview von Maschmeyer im "Stern" berichtet, gibt es 42 Kommentare, darunter fast 20 von den fleißigen Fans: "Ein anständiger Mann, der aus seinen Fehlern lernt", betonte Graf Taunus. " Einfach, aber wahr und ehrlich!", lobt Deniz Meyer Maschmeyers Finanztipps. "Menschlich anständig" nennt Manfred Bauer den umstrittenen Unternehmer.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Gerne würde man wissen, was die Fans bewegt, sich so sehr für Maschmeyer, Ferres und Slomka einzusetzen. Ist dies alles gesteuerte PR oder doch wahre Fanverehrung? Doch so aktiv wie die Fans in den Foren sind, so schweigsam reagieren sie auf eine Anfrage per Mail an die Adressen, die sie unter dem Tagesspiegel-Interview angegeben haben. Keiner der Fans antwortet, außer Marie Storz - jedoch erst, nachdem es bei Maschmeyer ein Anfrage zu den Auffälligkeiten unter dem Interview gibt. Sie habe bisher mit der Presse noch nie zu tun gehabt und fühle sich etwas unsicher, schreibt Storz. " Vielleicht können Sie mir ja erstmal per Email Ihre Fragen schicken beziehungsweise sagen, worum es geht?", fragt sie - was wiederum nach einem sehr erfahrenen Umgang mit Journalisten klingt. Auf die Bitte, sich telefonisch zu melden, gibt es keine weitere Rückmeldung.

Die Agenturen von Ferres und Slomka teilen mit, keine Unternehmen mit Reputationsmanagement beauftragt zu haben. Auch "Die Höhle der Löwen"-Sender Vox verneint einen solchen Auftrag, Maschmeyers Verlag Ariston reagiert nicht auf die Anfrage. Markus Wieser von Maschmeyers Kommunikationsagentur CNC Communications betont, dass solche Dienstleistungen "eindeutig nicht zu unserem Beratungsspektrum" gehörten. " Im Übrigen würden wir unseren Mandanten auch immer empfehlen, solche Manipulationen nicht vorzunehmen", erklärt Wieser. Bisher seien die Mandanten "auch noch nie mit einem derartigen Ansinnen an uns herangetreten, auch nicht Herr Maschmeyer".

Werden die Kommentare dann also direkt von der Maschmeyer Group aus gesteuert, die auch im Impressum der Facebook-Seite steht? "Die These, dass Herr Maschmeyer es nötig hätte, Claqueure anzuheuern oder ‚Gefälligkeitskommentatoren‘ zu aktivieren, ist abwegig", teilt ein Mitarbeiter mit. "Die kommentarabgebenden Personen sind uns nicht bekannt, wir haben Sie auch nicht beauftragt." Deshalb stelle sich auch nicht die Frage, ob es nicht eher Maschmeyers Reputation schadet, wenn in einem so auffälligen Stil orchestrierte Kommentare von vermeintlichen Fans verfasst werden - aber genau diese Frage stellt sich eben doch, so auffällig, wie die Kommentare sind.

"Wir würden unseren Kunden von so einem Vorgehen abraten", erklärt Jannis Ritterspach, der mit seiner Berliner Agentur Xava Media Reputationmanagement

Reporter**FORUM**

www.reporter-forum.de

betreibt. "Die Gefahr ist zu groß, dass die Manipulation erkannt wird. Dadurch wird der Ruf eher ruiniert."

Das dürfte so oder so kaum Maschmeyers Anliegen sein. Schließlich läuft es gerade sehr gut für ihn. Seine Fans jubeln.

Abgrund unterm Regenbogen

"Keine Angst, ich sperr Dich nicht ein!" Was Kinder mit Erzieherinnen erleben können: Unsere Recherchen zeigen systematische Probleme in der Boombranche Kita.

Von Astrid Geisler, ZEIT ONLINE, 03.05.2016

Die Eltern wundern sich. Anna* schläft so schlecht. "Anna Angst", ruft das Mädchen eines Abends. "Dunkeln zankt!" Dunkeln zankt, was soll das heißen? Ungefähr zwei Jahre ist das Kind alt. Mit den kleinen Händen macht es hektische Bewegungen, als führe es einen Löffel zum Mund. "Tanja macht immer so. Tanja zankt." Die Eltern geben nicht viel darauf. Auch nicht, als sich die Tochter selbst schlägt: "Tanja so gemacht!" Bloß nicht überbesorgt sein. Vielleicht erzählt das Kind von einem neuen Spiel mit seiner Erzieherin.

Tanja* betreut Anna seit einigen Monaten in der Kita Regenbogen. Hinter hohen Linden steht das Gründerzeithaus in einer Nebenstraße von Antweiler. Das Dorf liegt zwischen waldigen Hügeln der Eifel in einem entlegenen Winkel von Rheinland-Pfalz. Annas ältere Schwestern gingen gerne in die idyllische Dorfkita mit den rotgefassten Sprossenfenstern und dem Regenbogen über dem Eingang. Auf dem Spielplatz der früheren Volksschule können die Kinder schaukeln und klettern.

An Personal fehlt es nicht und Tanja, eine herzliche Frau Mitte vierzig, mit Temperament und Freude an Kindern, gilt als besonders erfahrene Fachkraft. Eine der Besten im Haus. Annas Eltern – Silke und Bernd Neumann* – mögen sie und vertrauen ihr. Vom dunklen Geheimnis der jüngsten Tochter ahnen sie nichts. Auch darauf, dass Anna bei Tanja in der "Mäusegruppe" Schlimmes erleben könnte, kommen die Neumanns nicht.

Boombranche Kita

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Kindertagesstätten gelten als perfekte, kleine Welten. Doch zugleich ist die Betreuung der Jüngsten in den vergangenen zehn Jahren zu einem gewaltigen Geschäft herangewachsen. Seit die damalige Familienministerin Ursula von der Leyen 2007 den Ausbau von Kitaplätzen massiv vorantrieb, boomt die Branche. Im Jahr 2006 gaben Bund, Länder und Kommunen rund zehn Milliarden Euro für Kinderbetreuung aus. 2014 war es mit fast 23 Milliarden schon mehr als doppelt so viel.

Über die Abgründe der Branche dringt wenig nach außen. Die Behörden reden nicht gern über Missstände, weil sie die Vorgaben der Politik einhalten müssen. Träger und Leitungen der Kitas äußern sich nicht, weil sie dann zugeben müssten, wie schwer es ihnen fällt, trotz des starken Ausbaus die Qualität ihrer Einrichtungen zu halten. Sogar Eltern schweigen oft, weil sie auf die Plätze angewiesen sind. Und die Bundesregierung schiebt bisher ergebnislos ein längst versprochenes Kita-Qualitätsgesetz vor sich her. Geraten Skandale schließlich doch ans Licht, verwenden die Verantwortlichen viel Energie darauf, sie kleinzureden.

"Einmal", sagt Silke Neumann, "hab ich Anna total verstört abgeholt." Als sie in der Kita nachfrage, erzählten Erzieherinnen von einem Streit um ein Glas Wasser. Wer will sich da als Helikopter-Mama lächerlich machen? Silke Neumann hat selbst beruflich mit Kindern und deren Eltern zu tun, sie unterrichtet Biologie an einem katholischen Gymnasium, ihr Mann arbeitet als Gewässerökologe. Im Nachbarort haben sie sich ein Haus neben der Burgschänke hergerichtet. Hühner picken im Garten, durchs Wohnzimmer schnurrt eine Katze. Die Neumanns werfen sich heute vor, dass sie zu spät begriffen, warum ihre Jüngste oft weinte, wenn sie in die Kita sollte.

Tanja und drei Kolleginnen aus der Kita Regenbogen sind seit Dezember vor dem Landgericht Koblenz angeklagt. Polizei und Staatsanwaltschaft haben in zwei Jahre dauernden Ermittlungen eine lange Liste an Vorwürfen zusammengetragen: Drei der Erzieherinnen sollen Anna und acht andere Kinder traktiert haben, vor allem während des Mittagessens in einem Speiseraum im Erdgeschoss, der den hübschen Namen "Sterneküche" trug. Den Kindern sei gegen ihren Willen Essen in den Mund geschoben und Flüssigkeit nachgeschüttet worden, bis sie schlucken mussten.

Parierten die Kinder nicht, sollen sie bestraft worden sein. Hände und Füße seien mit Klebeband am Stuhl fixiert, Kinder in eine dunkle Abstellkammer gesperrt, geschlagen, ihr Mund zugeklebt worden. Ein Kind habe sich übergeben und soll mit Erbrochenem in der Hand weitergefüttert worden sein.

Misshandlung und Freiheitsberaubung

Die Staatsanwaltschaft wirft den Frauen Misshandlung von Schutzbefohlenen, Freiheitsberaubung und Nötigung vor. Mitangeklagt ist auch eine Kollegin, die "trotz einer hierzu bestehenden Rechtspflicht die Misshandlung eines Kindes nicht unterbunden" habe. Laut der Staatsanwaltschaft bestreiten die vier Angeschuldigten die Taten. Der Strafverteidiger der Erzieherin Tanja will sich nicht zu dem Fall äußern.

Ein seltenes Horrorszenario in einer ansonsten heilen Kitawelt. Das ist die offizielle Lesart dessen, was sich in Antweiler zugetragen haben soll. Doch je länger man Belege für diese Hypothese vom tragischen Einzelfall sucht, desto mehr Indizien finden sich für systematische Probleme. Es gibt viele Einrichtungen, in denen Kinder vorbildlich umsorgt und gefördert werden. Aber es gibt auch andere, wo Überforderung und Lieblosigkeiten den Alltag prägen, manchmal sogar Vernachlässigung und Gewalt. Problematisch sind nicht nur Fälle wie jener in Antweiler, bei denen es zu einer ganzen Serie massiver Vorwürfe kam und die Zahl mutmaßlich betroffener Kinder groß ist. Auch subtilere, nicht strafbare Übergriffe können Kleinkinder belasten: rücksichtslose Füttermethoden ebenso wie ein gehässiger Umgangston, ausbleibender Trost oder das gezielte Bloßstellen nach dem Einnässen.

"Jeder weiß es, keiner spricht darüber. Es ist ein offenes Geheimnis", sagt Ursula Rabe-Kleberg, eine emeritierte Professorin für Bildungssoziologie an der Universität Halle. Rabe-Kleberg hat bis 2015 ein Institut für frühkindliche Pädagogik geleitet. Das Gewaltproblem werde tabuisiert, kritisiert die Wissenschaftlerin. "Unter der Hand wird in Fachkreisen längst diskutiert, dass wir eine große Untersuchung solcher Vorfälle brauchen."

Die Anzahl der betreuten Kinder (0-14 Jahre) stieg um 13,4 Prozent

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Immer mehr Kinder verbringen einen großen Teil ihrer ersten Lebensjahre in Kindertageseinrichtungen. Seit 2006 ist die Zahl der Kitaplätze in Deutschland um eine halbe Million gestiegen. 6.335 neue Einrichtungen sind entstanden, rund 170.000 zusätzliche pädagogische Mitarbeiter nahmen die Arbeit auf. Gerade in Westdeutschland waren die Ausbaquoten gigantisch. Allein in Bayern arbeiten heute 33.000 Erzieherinnen mehr als noch vor zehn Jahren. In Baden-Württemberg versechsfachte sich die Zahl der Kleinkinder unter drei Jahren, die in Kindertageseinrichtungen betreut werden. Oft müssen Eltern froh sein, wenn sie überhaupt einen Kitaplatz abbekommen, trotz Rechtsanspruch. Auch wer pädagogische Fachkräfte sucht, darf vielerorts nicht wählerisch sein. Das hat Folgen.

Leiterinnen von Kindergärten wenden sich seit einiger Zeit an Gewerkschafter und Fachjuristen. Was sie denn tun sollten, wenn problematische Erzieher im eigenen Team auffielen? Marion Hundt war überrascht, als sie die ersten Beschwerden mitbekam. Hundt lehrt Öffentliches Recht als Professorin an der Evangelischen Hochschule Berlin, sie ist eine Expertin auf dem Feld des Kitarechts. Hundt sagt, dass sie das anfangs für ein Phänomen von "fünf schwarzen Schafen" gehalten habe. Doch als sie ihre Erfahrungen während ihrer Fortbildungen für Kitaleiterinnen ansprach, seien in der Pause Führungskräfte auf sie zugekommen. "Es gibt also offensichtlich ein größeres Problem." Die These von den wenigen schwarzen Schafen hat die Juristin verworfen.

Sieben Bundesländer schaffen nicht den empfohlenen Schlüssel von max. vier Kindern* pro Betreuer (rot markiert)

Auch Norbert Hocke, Hauptvorstand der Bildungsgewerkschaft GEW, verlangt mittlerweile eine "Kultur des Hinschauens". Beim sexuellen Missbrauch habe die Gesellschaft diese Aufmerksamkeit schmerzlich entwickeln müssen, sagt Hocke. Wenn es um die Gewalt in Kitas gehe, höre er immer wieder von Einzelfällen. Fälle, die dem ähneln, was Anna in Antweiler erlebt haben soll. "Es kommt also immer wieder vor. Aber wie oft? Keiner kann das sagen."

Es gibt Kleinkind-Pädagoginnen, die hin und wieder in das Dunkelfeld hineinleuchten. Nicht gezielt, sondern unbeabsichtigt, während sie Kitas evaluieren, Erzieherteams coachen oder deren Arbeit zu Forschungszwecken begleiten. Eine

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

ehemalige Doktorandin und eine Pädagogin, die als Kitacoach arbeitet, beide aus unterschiedlichen Bundesländern, haben ZEIT ONLINE von ihren Erlebnissen erzählt. Anonym, weil sie eigentlich nicht öffentlich darüber reden sollten. "Das Problem wird einfach nur ausgeblendet", sagt die Trainerin. "Niemand will diesen Kochtopfdeckel anheben."

Die beiden Frauen haben Alltagsszenen in Dutzenden von Kitagruppen gefilmt, um die Situationen auszuwerten. Einige Sequenzen gehen ihnen seither nicht mehr aus dem Kopf. Einmal habe eine Erzieherin ein Kind über einen Mülleimer gehalten und gedroht: "Da gehörst du hin, wenn du so viel Schmutz machst." Die Frau sei keine unqualifizierte Aushilfe gewesen, sondern die Leiterin der Einrichtung.

In einer anderen Kita hätten hungrige Kleinkinder auf das Mittagessen gewartet. Es habe gedauert, bis endlich eine Schüssel auf den Tisch gekommen sei. Ein Kind habe mit der Hand danach gegriffen. Die Erzieherin habe ihm deshalb auf die Finger geschlagen, vor laufender Kamera. Die Pädagogin sagt heute, dass sie damals ein Gespräch über den Vorgang verlangt habe. Sie habe zudem gewollt, dass die Kitaleitung den Träger über den Schlag auf die Finger informiert. "Genau das passierte nicht." Die Pädagogin hat den Träger daraufhin angezeigt.

Wieder woanders fiel der Trainerin ein fieberndes Kind auf. Keine der Erzieherinnen habe sich gekümmert, das Kind habe mit auf den Spielplatz gemusst. "Mit Fieberbäckchen saß es auf einem Schaukelgerät und weinte einfach vor sich hin." Niemand habe das Kind getröstet. "Da hab ich gesagt: Kamera aus – machen Sie sofort was!" Die Pädagogin nennt den Umgang mit dem fiebernden Kind "emotionale Gewalt". Ihre Kritik hätten die Erzieherinnen aber oft gar nicht verstanden. "Denen fehlte das Gefühl für das, was ihnen passiert war." Beide Beobachterinnen fragen sich, was in solchen Einrichtungen geschieht, wenn gerade niemand filmt.

Die Politik scheint davon bislang nichts wissen zu wollen – zumindest nicht genau. Anders lässt sich nicht erklären, dass ausgerechnet über die Abgründe bei der Betreuung der Kleinsten keine verlässlichen Zahlen erhoben werden, obwohl in Deutschland so gut wie alles mit Detailliebe statistisch vermessen wird. Tatsächlich ist das Sammeln der Zahlen nicht trivial. Kinder können nicht einordnen, was mit ihnen geschieht. Manchmal lassen sie sich falsche Behauptungen in den Mund legen, die zur

öffentlichen Hinrichtung ausarten. Das haben die Schlagzeilen um angebliche sexuelle Gewalt an einer Mainzer Kita im vergangenen Jahr gezeigt. Andererseits akzeptieren Kinder selbst unangemessene Erziehungsmethoden, weil sie denken, die Eltern wissen, was in der Kita passiert und stehen dahinter. Oder sie sind einfach noch zu klein, um von ihren Erfahrungen zu erzählen.

Das Bundeskinderschutzgesetz sieht seit 2012 klare Regeln vor. Kitaträger müssen die zuständige Aufsichtsbehörde umgehend über "Ereignisse oder Entwicklungen" informieren, "die geeignet sind, das Wohl der Kinder und Jugendlichen zu beeinträchtigen". In Merkblättern steht, was darunter fällt. Wie häufig Kitaträger den Aufsichtsbehörden auf diesem Weg von Missständen in ihren Einrichtungen berichten, weiß jedoch niemand. Ein Kraftfahrtbundesamt, das Verkehrsverstöße nicht im Detail auflistet, wäre undenkbar. In der Kitaaufsicht ist das bisher weit verbreiteter Standard.

Nur fünf Bundesländer zählen überhaupt, was ihnen aus den Kitas gemeldet wird: Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Thüringen, Brandenburg und das Saarland. Sachsen-Anhalt bereitet mittlerweile eine erste Jahresbilanz vor. In allen anderen Bundesländern gibt es ein undurchdringbares Dunkelfeld.

Doch auch Länder mit Meldestatistik geben auf Nachfrage von ZEIT ONLINE zum Teil nur dürre Zahlen heraus, wenn überhaupt. Vergleichbar sind diese Werte nicht. In Rheinland-Pfalz gab es laut Landesjugendamt zuletzt etwa 90 Meldungen pro Jahr – worum es darin konkret ging, abgesehen vom Regenbogen-Kindergarten in Antweiler, dazu schweigt die Behörde. Auch das Bildungsministerium in Thüringen will keine Details über die 109 Meldungen im vergangenen Jahr nennen. Das Meldeverfahren sei zu neu, Einzeldaten der verschiedenen Kategorien deshalb "statistisch noch nicht belastbar". Brandenburgs Bildungsministerium betreibt die Statistik nach eigenen Angaben nur für interne Zwecke.

Vorbild Baden-Württemberg

Lediglich das Saarland und Baden-Württemberg haben ZEIT ONLINE detaillierte Statistiken vorgelegt. Unter den 89 Meldungen im Saarland waren 19 Beschwerden über Personalmangel der größte Faktor, gefolgt von 16 gemeldeten

Aufsichtspflichtverletzungen. Auch fünf Fälle von "erzieherischem Fehlverhalten" registrierte das dortige Familienministerium. In Baden-Württemberg ist der "Kommunalverband für Jugend und Soziales" in Stuttgart für die Kitaaufsicht zuständig. Das Amt erreichten 2014 insgesamt 107 Meldungen, darunter 54 Fälle von "Fehlverhalten" des Kitapersonals im Umgang mit betreuten Kindern. 32 dieser Fälle seien "unzulässige Strafmaßnahmen" gegen kleine Kinder gewesen, analysiert die Aufsichtsstelle in ihrer Jahresbilanz.

Eben diese 32 Vorkommnisse aus den 8.600 baden-württembergischen Kindergärten und Krippen erinnern an den Fall aus dem Eifeldorf Antweiler. Zum gemeldeten Fehlverhalten gehörte "beispielsweise Kindern den Mund zuzukleben, Kinder durch Fachkräfte in der Gruppe bloßzustellen oder Kinder zum Essen zu zwingen", berichtet die Behörde. Zudem seien Kinder "gegen ihren Willen festgehalten beziehungsweise gepackt" worden. "In einzelnen Meldungen wurden auch 'blaue Flecke' erwähnt."

Die Stuttgarter Aufsichtsbehörde hat nach Mustern hinter solchen Übergriffen gesucht. Häufig waren die Einrichtungen mit dem Personalschlüssel "hart am Rand", sagt die zuständige Referatsleiterin Evelyn Samara. Das Personal war schlecht oder veraltet qualifiziert. Erzieher mussten Kinder plötzlich ganztags statt nur bis zum Mittagessen betreuen und waren heillos überfordert. Berufsanfänger wurden vom ersten Tag an voll eingespannt.

Wer redet, bekommt Druck

Ursula Enders von der Kölner Beratungsstelle Zartbitter untersucht Fälle sexueller Gewalt, auch an Kitas. Sie kritisiert, dass die Leitungen und Trägerorganisationen der Einrichtungen oft selbst Teil des Problems und nicht der Lösung seien – und zwar nicht nur, wenn der Verdacht von sexuellem Missbrauch im Raum stehe. Die Sanktionsmöglichkeiten der Aufsichtsbehörden seien zu schwach: "Hat eine Kitaleiterin ihre Elternschaft gut im Griff, dann hat sie ein kleines Königreich", sagt Enders. Es gibt einige solcher Königreiche im Land. Und wer hier Missstände benennt, darf nicht mit Unterstützung rechnen, sondern muss massiven Druck fürchten.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Elisabeth König* hat genau das während ihrer Ausbildung erlebt. Wenn sie von den Erlebnissen an ihrem früheren Arbeitsplatz in der katholischen Krippe Barbara Strell im oberbayerischen Kolbermoor erzählt, beschlägt noch heute ihre Stimme. Mal wurde ein Kleinkind alleine im Bettchen vergessen, während die Gruppe zum Schlittenfahren ging. Dann blieben Kinder unbeaufsichtigt auf dem Wickeltisch liegen. Eine Erzieherin redete ein schwarzes Kind mit "Schoki" an. Der Wasserkocher stand griffbereit für die Kleinen herum. So schildert es König.

Als sie die Vorfälle mit Kolleginnen beim Arbeitgeber anspricht, beginnt für die Frauen der Ärger. Der Gemeindepfarrer und der Kindergarten versuchen, die Kritik zu unterdrücken. Sie beruhigen die verunsicherten Eltern. Mütter und Väter unterzeichnen sogar einen "Haftungsausschluss". In dem handschriftlichen Papier garantieren sie: "Wir sprechen die Trägerschaft in diesem Sachverhalt von jeglicher Haftung frei."

Elisabeth König meldet die Vorfälle auch beim Jugendamt in Rosenheim. Die beschuldigten Kolleginnen bleiben dennoch im Dienst. Der Gemeindepfarrer stellt stattdessen Elisabeth König von der Arbeit frei, sie muss die Kindergartenschlüssel zurückgeben. Den Brief bringt der Pfarrer ihr persönlich nach Hause.

Dann, im Sommer 2014, wird ein Kind vor der Krippe in Kolbermoor vergessen, eine Mutter findet es zufällig. Erst jetzt greift das Jugendamt plötzlich durch. Es entbindet die Leiterin von ihren Aufgaben und entzieht der Einrichtung sogar die Betriebserlaubnis. Sigrid Kumberger, eine SPD-Lokalpolitikerin aus Kolbermoor, sagt: "Der Träger hat den guten Namen der Institution geschützt statt das Wohl der Kinder." In der Krippe sei "Vertuschung wie aus dem Lehrbuch" gelaufen.

War das so? Der damals verantwortliche Pfarrer Maurus Scheurenbrand ist zu dem Thema nicht zu sprechen. Sein Pfarrbüro verweist an die Pressestelle des Erzbischöflichen Ordinariats in München. Eine Sprecherin des Ordinariats sagt: "Wir äußern uns dazu nicht mehr." Die Kindertagesstätte werde schließlich inzwischen von einem anderen Träger verwaltet, der mit der damaligen Situation nichts zu tun habe. Pfarrer Scheurenbrand sei für die Einrichtung nicht mehr zuständig. Auch der Name der Kita wurde geändert.

Im Nebel der Bürokratie

Im Eifeldorf Antweiler ahnt die Familie Neumann irgendwann, worüber die Verwaltung längst informiert ist. Silke Neumann hat den Elternabend nicht vergessen. Nikolaustag 2013, fast kein Stuhl ist mehr frei im Obergeschoss des Gemeindehauses, als Vertreter von Kommunalverwaltung und Jugendamt den Müttern und Vätern von "Unregelmäßigkeiten" im Regenbogen-Kindergarten berichten. Was damit gemeint sein könnte, bleibt vage. Die Eltern sind ratlos. Silke Neumann bohrt nach: Unregelmäßigkeiten?

Hinter diesem Bürokratenwort sollte wohl der Verdacht verschwinden, von dem die Verwaltung seit fast drei Monaten wusste. Schon im August 2013 hatten eine Küchenhilfe und eine Erzieherin beim kommunalen Kitaträger ausgepackt. Trotzdem ließen die Beamten die beschuldigten Kolleginnen noch mehrere Monate im Dienst und die Eltern im Unklaren. Die Staatsanwaltschaft hat inzwischen Taten angeklagt, die sich im Herbst, weit nach der ersten Meldung der Kitamitarbeiterinnen, zugetragen haben sollen. Statt die Vorwürfe ernst zu nehmen, habe der Kitaträger auch noch Druck auf die Whistleblowerinnen ausgeübt, erzählt Silke Neumann.

"Das kann ich nicht bestätigen", sagt Bernhard Jüngling von der Verbandsgemeinde Adenau. Er war damals in der Kommunalverwaltung für das Krisenmanagement zuständig. Jüngling beschreibt den Ablauf anders: Die Verwaltung habe im August von "Vorgängen" in der Kita Regenbogen erfahren und die Eltern gleich im September über "Unregelmäßigkeiten" informiert. Der Fall habe aber erst nach Elternbeschwerden im November eine "neue Dimension" bekommen. Daraufhin habe man die Polizei eingeschaltet, drei beschuldigte Erzieherinnen freigestellt und noch einmal die Eltern informiert. Wegen der laufenden Ermittlungen habe die Verwaltung keine "Details" nennen dürfen, sagt Jüngling. Er wisse, dass das "negativ angekommen" sei. "Wir haben uns aber zu genaueren Informationen nicht in der Lage gesehen."

Der Schriftverkehr der Neumanns zur Kita Regenbogen füllt inzwischen einen Leitzordner. Im Wohnzimmer am Holztisch blättert Annas Mutter die Papiere durch. Die Erinnerung lässt leise Wut in ihr aufsteigen. Die Vorwürfe seien als "Indianerspiele" verniedlicht worden: "Es ging von Anfang an nur darum, die Sache

möglichst klein zu halten." Die entscheidende Frage habe die Verwaltung ihr nie gestellt: Wie geht es den Kindern?

Die Neumanns warten nun darauf, dass die Hauptverhandlung endlich beginnt. Zwar hat die zuständige sechste große Strafkammer des Landgerichts Koblenz die jüngste Tochter der Familie kürzlich als Nebenklägerin anerkannt. Doch das Gericht ist überlastet, Haftsachen müssten wegen strenger Fristen zuerst behandelt werden. Vier Monate nach der Anklage hat die Kammer noch nicht einmal offiziell über deren Zulassung entschieden, deshalb gibt es auch keinen Termin für das Verfahren.

Derweil vergessen die jüngsten Kinder aus Antweiler, was sie in der Kita Regenbogen erlebt haben. Anna hat aufgehört, ihre Puppe zu verhauen oder der Mutter im Spiel zu versichern: "Keine Angst, ich sperr dich nicht ein, ich bind dich nur fest!" Das Mädchen geht inzwischen in einen anderen Kindergarten in der Nachbarkleinstadt Blankenheim. Und Anna weint morgens nicht mehr, wenn sie in die Kita soll. Sie fühlt sich dort wohl.

**Die Namen aller Kinder, Eltern und beschuldigten Kitamitarbeiterinnen wurden geändert.*

Was macht ihr da mit unseren Kindern?

(2. Teil zu „Abgrund unterm Regenbogen“)

Kitas sollen die Jüngsten behüten. Doch mehr als 2.000 Erfahrungsberichte zeigen: Mancherorts herrschen schlimme Zustände. Bund und Länder aber schauen weg.

Von Kai Biermann, Philip Faigle, Astrid Geisler, Karsten Polke-Majewski, Tilmann Steffen und Sascha Venohr, ZEIT ONLINE, 30.06.2016

Die Kitachefin kann nicht mehr. Es ist erst Mittag, aber sie geht nach Hause. Dort schreibt sie an ihre Vorgesetzten bei der Diakonie in Frankfurt: "Noch nie habe ich Kinder so wund gesehen und schreien hören, weil sie nicht gewickelt wurden." Erzieherinnen ihrer Krippe schreien Kinder an, zerren sie am Arm durch das Zimmer. Auch ihre Co-Chefin alarmiert den Träger. "Notsituation" lautet der Betreff der E-Mail. "Wir machen unseren Job sehr gerne und mit gutem Gewissen, aber die Umstände machen die Arbeit einfach untragbar." So steht es in einer Falldokumentation über Mängel in der Kita, die ZEIT ONLINE vorliegt.

Das Papier ist ein Hilferuf. Und nicht der einzige. Überall im Land sehen Kitaleiterinnen, Erzieherinnen und Eltern dramatische Missstände. Doch niemand hilft ihnen. Ob Kitaträger oder Ämter, viel zu viele schauen weg. Und im Bund boykottieren die zuständigen Ministerpräsidenten aller Parteien überfällige Mindeststandards, die Kleinkinder schützen würden.

Alle Länderchefs sind sich einig, "dass es keiner bundesweiten Standards bedarf". Ihr Beschluss, von dem niemand erfahren soll, fällt am 11. Dezember 2014 im Bundeskanzleramt. Angela Merkel hat die Ministerpräsidenten der Bundesländer in ihren Amtssitz gebeten. Die Runde geht bereits dem Ende zu, als der drittletzte Tagesordnungspunkt aufgerufen wird: Kitaqualität. Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig, die monatelang für einheitliche Mindeststandards geworben hatte, ist ins Kanzleramt geeilt. Aber sie kann das Debakel nicht verhindern.

Die Kanzlerin schweigt, jedenfalls vermerkt das Protokoll keine Wortmeldung von ihr. Tagesordnungspunkt 15 wird routiniert erledigt. Auch anderthalb Jahre später kennen nur Eingeweihte den Wortlaut dieses Beschlusses, der ZEIT ONLINE vorliegt. Er gilt als nicht öffentlich. Selbst zuständige Landesminister erfahren nichts.

Mit dem, was die 16 Ministerpräsidenten an diesem Wintertag im Kanzleramt entsorgen, brechen sie ein Versprechen. Es lautete: Erst bauen wir im großen Stil neue Kindergartenplätze, dann wird deren Qualität verbessert. Aber die Länder sagen den zweiten Schritt ab.

Die Folgen dieser Politik erleben viele Kinder jeden Tag. ZEIT ONLINE hat seine Leser Anfang Mai gefragt, ob sie Missstände in ihrer Kindertagesstätte beobachtet haben. Etwa 2.000 Eltern und 260 Kita-Mitarbeiter haben geantwortet. Wissenschaftler, Behördenmitarbeiter und Berufsaussteiger berichteten aus dem Inneren der Boombranche.

Ein Reporterteam ist Dutzenden Erfahrungsberichten nachgegangen: In Hamburg sperrt eine Erzieherin einen Fünfjährigen in einen Toilettenraum, ein Kindergartenleiter ohrfeigt einen autistischen Jungen. In Heilbronn traktiert eine ältere Fachkraft ein Kind so, dass es mit Hämatomen nach Hause kommt. Im saarländischen Eppelborn schlägt eine Erzieherin einem Kind auf die Finger, weil es nicht auf ihre Anweisungen hört.

"Schieflage in der Pädagogik"

In Frankfurt schalten die Kitaleiterinnen schließlich die städtische Aufsichtsbehörde ein, weil sie das Wohl der Kinder in ihrer Krippe gefährdet sehen.

"Wir nehmen jedes Kind ernst – mit seinen Wünschen, Gefühlen und Bedürfnissen", mit diesem Versprechen wirbt das Diakonische Werk in Frankfurt für seine "Krabbelstuben". Eltern können dort schon vier Monate alte Babys ganztags unterbringen, "in einer Atmosphäre, die Offenheit und Vertrauen prägt".

Eine gekrümmte Seitenstraße, hier im Norden kann man Frankfurt für ein Dorf halten. Schmutzschlieren ziehen sich über den Putz des Mehrfamilienhauses. Drinnen verbringen gut 30 Kinder einen großen Teil ihrer ersten drei Lebensjahre. Was sie bis

Ende 2015 dort erlebten, beschäftigt seit einem halben Jahr das Stadtschulamt Frankfurt als Kita-Aufsichtsbehörde.

Die Fallsammlung, die dem Schulamt vorliegt, dokumentiert trostlose Zustände in der Kinderkrippe. Schon im Oktober 2014 alarmiert die Leitung der Krippe das Diakonische Werk: "Die Krabbelstube bietet aktuell für die Kinder leider nur eine Aufbewahrungssituation." Es folgen regelmäßige Meldungen, was alles schlecht läuft: Mitarbeiterinnen lassen Kinder im Schlafraum allein, obwohl es drinnen stockfinster ist und die Jüngsten die Tür nicht alleine öffnen können, wenn sie Angst bekommen. Erzieherinnen sprechen Kleinkinder schroff an, Windeln werden so selten gewechselt, dass Kinder wund werden und beim Wickeln vor Schmerzen weinen. "DAS ist Kindeswohlgefährdung", warnt die Leitung den evangelischen Träger, "so unprofessionelle Arbeit mit den Kindern" habe sie nie zuvor erlebt. So geht es über Monate, ohne dass sich viel ändert.

ZEIT ONLINE hat der Diakonie und dem Bildungsdezernat der Stadt Frankfurt eine Liste mit Fragen zu den beschriebenen Vorfällen geschickt. Der Leiter des Diakonischen Werks, Michael Frase, lädt daraufhin zum Gespräch. Ein nüchterner Konferenzraum im dritten Stock eines Bürogebäudes, 400 Meter vom Mainufer entfernt. Auf diesem Flur arbeitet die Abteilung Personalgewinnung der Diakonie. Wie anderen Kita-Anbietern fehlen dem evangelischen Träger talentierte Fachkräfte für seine 31 Kinderkrippen, die er seit 2003 in kurzen Abständen eröffnet hat. Mehr als 1.000 der 5.000 neuen Krippenplätze in Frankfurt hat die Diakonie geschaffen und dafür auch Kita-Mitarbeiterinnen aus Ungarn angeworben.

Michael Frase trägt Sakko und eine feine Metallbrille. Man könnte ihn für einen Betriebswirt halten, aber die Visitenkarte weist ihn als Pfarrer mit Dokortitel aus. Der Theologe spricht gereizt. Die Anfrage berühre interne Vorwürfe, deshalb könne die Diakonie sich nicht zu allen Punkten äußern. Frase verdächtigt ehemalige Angestellte, die Vorwürfe öffentlich gemacht zu haben. Und er droht: Die Diakonie prüfe rechtliche Schritte gegen sie.

Offenheit versprechen, aber die Jagd eröffnen, wenn Missstände publik werden. So läuft es immer wieder, wenn Konflikte aus Kitas nach außen dringen: Wer Mängel offenlegt, bekommt Ärger.

Der Diakoniechef verteidigt das Krisenmanagement. "In allen Fällen können wir dokumentieren, dass wir sofort gehandelt haben." Die Diakonie habe das Kinderschutzkonzept der Stadt Frankfurt "in allen Fragen der Kindeswohlgefährdung komplett angewendet".

Offenbar war die Diakonie selbst unzufrieden mit der Situation in der Krabbelstube. Von einer "Schieflage in der Pädagogik" spricht Ursula Renkewitz. Sie ist als Bereichsleiterin für 13 Krippen der Diakonie zuständig. Auf den stockfinsternen Schlafraum habe man sofort reagiert. Eine Fachberaterin habe die Einrichtung unterstützt, die damaligen Leiterinnen bekamen ein Coaching. Inzwischen hätten sie allerdings gekündigt. Unter der neuen Führung laufe die Einrichtung "stabil".

Nach dem Vorfall mit dem herumgezerrten Kind schickt die Diakonie eine förmliche Meldung wegen des Verdachts einer Kindeswohlgefährdung an die Aufsichtsbehörde. Sie schaltet sogar den Kinderschutzbund ein, das Stadtschulamt habe den Fall "vertieft geprüft". Diese Prüfung habe eindeutig ergeben, dass der Umgang mit dem Kleinkind keine Kindeswohlgefährdung war. So schildert es Ursula Renkewitz.

Im Frankfurter Kinderschutzkonzept steht unter "vertiefte Prüfung": "Zwingend erforderlich ist in jedem Fall die Information der betroffenen Eltern". Doch die Diakonie informiert die Familie nicht. Die Kita-Leitung, der Träger, die Aufsichtsbehörde und der Kinderschutzbund – alle erfahren von dem Vorfall. Nicht aber die Eltern des betroffenen Kleinkindes. Mit dem Verdacht der Kindeswohlgefährdung müsse man "sehr sensibel" umgehen, sagt Diakoniechef Frase: "Wie soll ein solcher Vorwurf wieder eingefangen werden, wenn er sich als falsch erweist?"

Der Bildungsbehörde in Frankfurt liegen seit Monaten die Hinweise zur Situation in der Krabbelstube vor. Eine Auskunft dazu lehnt das Amt jedoch ab. In einem laufenden Prüfverfahren sei das rechtlich unmöglich, behauptet eine Sprecherin.

Wer sein Kind in einem Kindergarten anmeldet, lässt sich auf ein Glücksspiel ein. Den Eltern wird vorgegaukelt, dass ihr Nachwuchs in jeder Kita bestens versorgt

ist. Und Familien wollen der Werbeprosa gerne glauben, mit der Anbieter die Wirklichkeit überblenden.

Doch in vielen Kindertagesstätten sind kleine Kinder nicht besonders gut aufgehoben. Das weiß auch die Bundesregierung. Sie hat schließlich selbst die Nubbek-Studie mitfinanziert, eine Qualitätsanalyse in 550 Kleinkind-Einrichtungen. Die Wissenschaftler bewerteten 2013 nur sechs Prozent aller Kinderkrippen als gut. In fast sieben Prozent der Krippen und 17 Prozent aller altersgemischten Kindergärten fanden sie die Qualität unzureichend.

Anschreien und niederstoßen

Die wenigsten Eltern kennen solche Studien. Sie sehen Fotos von fröhlichen Kindern mit Holzspielzeug, lesen von Waldorfpädagogik und einer warmen und familiären Atmosphäre. So wie Familie B. auf der Website einer Kita in Berlin-Kreuzberg. Raphael B. und seine Frau sind froh, dass sie für ihren Sohn Jonas* einen Platz in der kleinen Kindertagesstätte bekommen. "Wir waren erst sehr glücklich", sagt der Vater.

Ähnlich geht es Amina A.*. Sie ist 19 Jahre alt, als sie ihren Bundesfreiwilligendienst in der Kita beginnt. Amina A. findet die Räume so liebevoll eingerichtet, so warmherzig präsentiert, dass sie glaubt, einen schönen Arbeitsort für ihr Jahr als Bufdi gefunden zu haben. Sieben Monate später bricht sie ihren Dienst dort ab. Sie erträgt nicht länger, wie mit den Kindern umgegangen wird.

Amina A. sagt, sie sei oft allein gewesen in der Gruppe mit den elf kleinen Kindern, die jüngsten ein Jahr alt, die ältesten drei. Eine Kollegin sei häufig krank gewesen, die Gruppenleiterin Karin S.* habe immer wieder Vorwände gesucht, um die Gruppe für kurze oder längere Zeiträume zu verlassen. So wirkt es zumindest auf Amina A., sie fühlt sich im Stich gelassen, genauso wie die Kolleginnen in Frankfurt. Amina A. weiß nichts von dem Ministerpräsidentenbeschluss, sie ahnt nicht, dass es nicht einmal ein Kinderschutzkonzept gibt. Aber sie merkt schnell, dass es schlecht läuft in dieser Kita, die erst so kuschelig wirkte. "Karin war schnell genervt", sagt Amina A. "Sie fing auch an, auf die Kinder loszugehen." Einem kleinen Mädchen habe Karin Essen in den Mund gestopft, obwohl es offensichtlich satt gewesen sei.

Das Kind habe daraufhin würgen müssen. Die Erzieherin habe Kinder aus nichtigen Gründen angeschrien und zu Boden gestoßen. Amina A. spricht sie darauf an. Karin S. habe Fehler eingestanden, erzählt sie, sogar geweint. "Aber ich habe bald gemerkt, es wird sich nichts ändern."

Kind vergessen

Die B.s haben ihren Sohn inzwischen abgemeldet. Der Vater erinnert sich, wie es begann. Karin S. habe sie angerufen. "Es täte ihnen sehr leid, aber sie hätten unser Kind vergessen." Die Eltern sind irritiert. Was wirklich passiert ist, begreifen sie erst nach mehreren Gesprächen.

Die Kinder der Gruppe sollten sich anziehen, ein Spaziergang zum Spielplatz stand an. Draußen war es kalt, deshalb dauerte es, bis das kleine Rudel startklar war. Jonas schnalzte in der Garderobe mit der Zunge vor sich hin. Das nervte Karin S. offenbar.

Als Strafe habe sie den Jungen zurück in den Gruppenraum gebracht und die Tür geschlossen. So rekonstruieren die Eltern das Geschehen. Auf dem Spielplatz bemerkte eine Kollegin: Ein Kind fehlt. Da sei Karin S. zur Kita zurückgerannt. Mindestens 15 bis 20 Minuten blieb Jonas demnach allein in dem Gruppenraum, saß dort heulend am Tisch.

Geschäftsführer der kleinen Kita ist der Mann der Leiterin. Er bestreitet einen Teil der Vorwürfe. Jonas sei nicht im Gruppenraum, sondern in der Garderobe vergessen worden und höchstens zehn Minuten allein gewesen. Man habe die Eltern sofort informiert, für den Vater sei die Sache "ausdrücklich erledigt" gewesen. Die Kitaleitung wisse nichts von Vorwürfen, dass Kindern Essen in den Mund gestopft worden sei oder dass Karin S. sie zu Boden gestoßen habe. Raphael B. hingegen sagt, Karin S. habe in einem Gespräch zwischen ihnen, der Erzieherin und der Kitaleitung eingestanden, dass sie die Kinder zu grob anfasse und Besserung gelobt.

So läuft es meistens. Vorwürfe werden erhoben und abgestritten, niemand hat Beweise, und die Kinder selbst können sich nicht klar genug äußern. Viele Eltern scheuen Konfrontationen mit der Kitaleitung und den Aufsichtsbehörden. Sie fürchten,

dass ihre Kinder noch mehr leiden, wenn die Eltern als Querulanten gelten. Lieber suchen sie sich still eine neue Kita.

Meldepflicht

Dabei müssen die Eltern die Behörde gar nicht selbst einschalten. Die Träger der Kitas sind verpflichtet, gravierende Zwischenfälle von sich aus zu melden – zum Beispiel wenn Kinder vergessen werden. Der Kreuzberger Kitageschäftsführer drückt sich an diesem Punkt unklar aus. Mal schreibt er, mit den Vorwürfen konfrontiert, er habe die Berliner Kitaaufsicht wegen des vergessenen Jungens "per Mail kontaktiert". An anderer Stelle jedoch gibt er zu, es habe keine konkrete Meldung gegeben, sie sei seiner Ansicht nach nicht erforderlich gewesen, "da das Versehen mit den Betroffenen vollständig geklärt werden konnte".

Doch nach dem Bundeskinderschutzgesetz ist es egal, ob sich die Eltern beschweren oder ob irgendetwas mit ihnen "geklärt werden konnte". Die Kitas sind in der Pflicht. Auf die Frage, ob dieser Fall meldepflichtig war, antwortet die Berliner Kitaaufsicht knapp: "Ja." Es seien jedoch keine Hinweise auf "kinderwohlgefährdende Situationen" eingegangen, schreibt der Sprecher der Senatsverwaltung für Bildung.

So schieben sie die Verantwortung hin und her. Kita-Mitarbeiter, Träger und Behörden – jeder sieht die Schuld für Missstände beim jeweils anderen.

Hinter den vielen kleinen Konflikten verbirgt sich ein großes Strukturproblem. Seit Ursula von der Leyen als Bundesfamilienministerin den Kita-Ausbau anstieß, boomt die Branche: 2014 gaben Bund, Länder und Kommunen fast 23 Milliarden Euro für Kitas aus – mehr als doppelt so viel Geld wie acht Jahre zuvor. 6.335 neue Kindertagesstätten entstanden, rund 170.000 zusätzliche Mitarbeiter nahmen die Arbeit auf.

Doch die Wachstumsbranche wird zu wenig gelenkt und kontrolliert. Jedes Bundesland legt seine eigenen Regeln fest: Der Personalschlüssel für eine Kita-Gruppe in Rostock lässt sich nicht mit dem in Rosenheim vergleichen, der Ausbildungsstand der Mitarbeiter variiert von einem Land zum nächsten. Überall wachen andere Aufsichtsbehörden über die Kindertagesstätten, einige von ihnen

führen Beschwerdestatistiken, andere nicht. Deshalb weiß niemand, wie oft es Kita-Kindern so ergeht wie Jonas B. in Berlin-Kreuzberg.

"Die Politik schaut weg", sagt Ilse Wehrmann. Sie war jahrzehntelang Vorstandsmitglied der Bundesvereinigung Evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder. Heute arbeitet sie als Sachverständige für Frühpädagogik und sitzt im Expertenteam des Zukunftsdialogs der Bundeskanzlerin. "Man hat dort das Gefühl, seit der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz erfüllt ist, ist alles paletti – aber nichts ist paletti."

Nötig sei ein Kindergarten-TÜV, der nicht nur die Breite von Türen und die Quadratmeter des Außengeländes misst, sondern auf die Art der pädagogischen Arbeit achtet. "Das muss ein Cheftema in der Bundesregierung werden." Auch die Autoren der Nubbek-Studie forderten schon vor drei Jahren eine unabhängige, bundesweite Qualitätskontrolle und genauso große Investitionen in die Qualität, wie sie bisher in den flächendeckenden Ausbau der Kitaplätze gesteckt wurden.

Ein Bundesgesetz zur Kita-Qualität könnte einheitliche Mindeststandards für den Personalschlüssel und die pädagogische Arbeit mit den Kindern festlegen. Es würde die entscheidende Frage verbindlich beantworten: Wie muss eine Kita aufgestellt sein, damit sie wenigstens die Grundbedürfnisse eines Kindes befriedigt?

Doch die Politik streitet um Geld und Macht. Denn bessere Standards kosten Milliarden. Nach Berechnung der Bertelsmann-Stiftung wären zusätzliche 4,8 Milliarden Euro nötig, wollte man die Kitas angemessen mit Personal ausstatten. Die Bundesländer fürchten diese immensen Kosten, sie verlangen Geld vom Bund. Ihre Hoheit über dieses Aufgabenfeld wollen sie aber behalten. Bundesfamilienministerin Schwesig wiederum wünscht sich einheitliche Standards. Dann erst könne es Geld vom Bund geben.

Seit dem einstimmigen Länderboykott im Kanzleramt ruht das Projekt. Zwar soll eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe im Herbst noch einen Zwischenbericht vorlegen. Doch dann ist die Legislaturperiode schon fast vorbei.

Notbetrieb mit Leiharbeitern

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Die Folgen dieses politischen Patts spüren auch die Franckeschen Stiftungen in Halle. Ihr Kita-Neubau liegt mitten in einer historischen Schulstadt, ein hügeliger Garten mit Apfel- und Walnussbäumen lädt ein zum Toben, Klettern und Schaukeln. Die Stiftungen sind eine pädagogische Instanz mit 300 Jahre alter Tradition. Sie betreiben Kindergärten und ein Familienzentrum, auf ihrem Gelände hat das Institut für Pädagogik der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg seinen Sitz, auch das Deutsche Jugendinstitut ist vertreten. Die Stiftung arbeitet mit dem Anspruch, in ihrem "lebendigen kulturellen Bildungskosmos" pädagogische Maßstäbe zu setzen.

Sieben Bundesländer schaffen nicht den empfohlenen Schlüssel von max. vier Kindern* pro Betreuer (rot markiert)

Acht Monate nach dem Ministerpräsidentenbeschluss legen Eltern einer der Francke-Kitas in Halle ein Protokoll an. Es zeichnet nach, in welchem Ausnahmezustand die Mütter und Väter ihre Kleinkinder dort immer wieder zurücklassen.

Ein Montagmorgen im August 2015, 9:30 Uhr, eine Aushilfe ohne Erzieherabschluss versorgt alleine 17 Mädchen und Jungen der Krippengruppe, während eine Auszubildende auf dem Flur einem Kleinkind hinterhereilt. Zwei Wochen später, 8:45 Uhr: Eine Springerin kümmert sich auf dem Spielplatz alleine um 18 Krippenkinder, einige schreien seit Minuten, die Kollegin wechselt drinnen Bettwäsche. Wieder zwei Wochen später, 9:20 Uhr: Eine Fachkraft betreut alleine 20 Krippenkinder, die Aushilfe wickelt im benachbarten Bad.

Das Personal reicht zuweilen nur für einen Notbetrieb. Aushilfen von Zeitarbeitsfirmen bleiben mit Gruppen allein.

Im Sommer 2015 bezweifeln Elternvertreter schließlich, dass ihre Kita überhaupt noch die Aufsichtspflicht erfüllt. Denn keine Erzieherin kann zehn Kleinkinder oder mehr gleichzeitig herumtragen, an der Hand führen, auf den Schoß nehmen, füttern, umziehen, trösten. Sie schalten das Jugendamt ein. Die Behörde rügt, dass Aushilfen alleine auf Kita-Gruppen aufpassten, kommt aber zum Ergebnis: Die Aufsichtspflicht sei nicht verletzt worden, solche Ausnahmezustände seien letztlich alltäglich. "Aufgrund des knapp bemessenen Personalschlüssels kann es, nach unserer

Einschätzung, in jedem Kita-Team zu ähnlichen Krisensituationen kommen". Eine Bankrotterklärung mit Behördenstempel.

Wenn die Rahmenbedingungen schlecht sind, können die Anbieter an ihren Ansprüchen nur scheitern. Und Sachsen-Anhalt begnügt sich mit besonders schlechten Kita-Standards: Ein zu niedriger Personalschlüssel, dazu ein zunehmender Fachkräftemangel – sie stünden vor schwer lösbaren Problemen, bedauern die Franckeschen Stiftungen in einer ausführlichen Stellungnahme für ZEIT ONLINE. Man sehe selbst "dringenden Handlungsbedarf".

Das Problem mit dem Personalschlüssel ist nicht nur, dass er zu gering ist, sondern auch, dass er de facto noch weiter unterschritten werden kann: Die Zahl der Erzieher in einer Kita muss nicht jeden Tag den gesetzlichen Vorgaben entsprechen oder wenigstens jede Woche, sondern nur im Jahresdurchschnitt. Fehlzeiten wegen Urlaub, Krankheit oder Fortbildungen werden in die Rechnung nicht einbezogen. Darauf beruft sich auch das Jugendamt der Stadt Halle. Es schreibt: Der gesetzliche Schlüssel könne durchaus von der "erlebten Betreuungssituation" abweichen.

Erzieherinnen aus mehreren Bundesländern haben ZEIT ONLINE ähnliche Erfahrungen mit extremer Personalnot geschildert. Einige haben ihren Beruf aufgegeben, weil sie es nicht mehr ertrugen, Kita-Kinder stundenlang "durchweinen" zu lassen. Auf strengere Qualitätsstandards wollten sie nicht mehr warten.

Aber was zählt für Kinder, wenn nicht das, was sie sehen und spüren – also die "erlebte Betreuungssituation"? Wenn Kinder schlecht versorgt sind, erleben sie traurige Tage. Die Kinder haben keine Wahl; und dem Gesetzgeber genügt es, wenn sie aufs Jahr gerechnet irgendwann getröstet werden.

**Name geändert*